

DieLinke.SDS

38.

BUNDES KONGRESS

Leipzig | 26.-28. Juni



Beschlussheft

38. Bundeskongress

Sommersemester 2026

Die Linke.SDS

Inhaltsverzeichnis

	Formale Anträge.....	3
	F 1 Geschäftsordnung.....	3
	Leitantrag.....	7
5	A1 Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft - Leitantrag des Bundesvorstands zum 38. Bundeskongress.....	7
	Soziales und Verbandsentwicklung.....	21
	A5 Kader*innenschulung weiterführen - Führungsfähigkeit verbreitern.....	21
	A15 Sozialproteste.....	24
10	Antifaschismus und Antirassismus.....	30
	A6 Der Kampf um den Osten.....	30
	A3 Ohne uns gehts nicht - Antirassistische Kämpfe stärken.....	38
	A9 Wissenschaft gegen Faschismus - Die Uni Kampfbereit machen!.....	40
	Dringlichkeitsanträge.....	44
15	D1 Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker.....	44
	Satzungsänderungsanträge.....	46
	S1.....	46
	S2.....	47

Formale Anträge

F 1 Geschäftsordnung

Antragssteller:in: Bundesvorstand

Der Bundeskongress möge die folgende Geschäftsordnung beschließen:

5

§ 1 Arbeitsgremien

(1) Der Bundeskongress wählt als Arbeitsgremien in offener Abstimmung und, sofern nicht auf Befragen ein Widerspruch dagegen erhoben wird, jeweils im Block:

1. ein Tagungspräsidium,
- 10 2. eine Mandatsprüfungskommission,
3. eine Antragsberatungskommission,
4. eine Wahlkommission,
5. eine Protokollkommission,
6. ein Awareness-Team.

15 (2) Das Tagespräsidium muss quotiert besetzt sein.

(3) Der Bundeskongress wird vom Tagungspräsidium geleitet. Das Tagungspräsidium bestimmt aus seiner Mitte die Tagungsleitung. Die Tagungsleitung auf dem Bundeskongress ist quotiert mit drei Personen zu besetzen.

§ 2 Allgemeine Verfahrensregeln

(1) Geschäftsordnung, Wahlordnung, Tagesordnung und Zeitplan werden zu Beginn des Bundeskongresses in dieser Reihenfolge beschlossen.

(2) Rederecht haben die angemeldeten Delegierten, Mitglieder von Die Linke.SDS, Mitglieder der Hochschulgruppen von Die Linke.SDS, Mitglieder von assoziierten Hochschulgruppen, sowie die
25 Mitglieder der Arbeitsgremien des Bundeskongresses. Gästen des Bundeskongresses kann das Wort durch die Tagungsleitung erteilt werden.

(3) Die Tagungsleitung

1. ruft die Tagesordnungspunkte und
2. die dazugehörigen Anträge auf,
- 30 3. leitet die Beschlussfassung,
4. erteilt das Wort,

5. kann Redner*innen zur Sache rufen, muss ihnen das Ende der Redezeit einmal vorankündigen und das Wort entziehen, wenn sie die Redezeit überschreiten oder vom aufgerufenen Thema abweichen,
6. kann bei wiederholter oder schwerwiegender Störung der Tagung nach einmaliger Verwarnung von der Tagung ausschließen,
7. kann nach einmaliger Verwarnung bei grenzüberschreitendem und/oder diskriminierendem Verhalten in Absprache mit dem Awareness-Team von der Tagung ausschließen.
- (4) Wortmeldungen sind dem Tagungspräsidium anzuzeigen. Bei Wortmeldungen sind Name und gegebenenfalls delegierende Hochschulgruppe anzugeben. Fristen für die Abgabe von Wortmeldungen und die Modalitäten ihrer Entgegennahme werden vom Tagungspräsidium bekannt gegeben.
- (5) Das Tagungspräsidium entscheidet unter Berücksichtigung des Eingangs der Wortmeldungen und dem Prinzip der doppelquotierten Redelisten über die Reihenfolge der Redner*innen. Anstelle des Eingangs der Wortmeldungen kann das Tagungspräsidium die Reihenfolge der Redner*innen durch Los bestimmen. In Generaldebatten achtet das Tagespräsidium zudem nach Möglichkeit auf politische Quotierung.
- (6) Eine Person ist erstredend, wenn sie sich im bisherigen Tagesordnungspunkt noch nicht gemeldet und gesprochen hat. Sie wird bevorzugt behandelt gegenüber Personen, die innerhalb des Tagesordnungspunktes schon im Zuge einer Wortmeldung gesprochen haben.
- (7) Die Zurücknahme von Wortmeldungen führt zur Streichung von der Redeliste. Eine Zurücknahme von Wortmeldungen zugunsten anderer Redner*innen ist nicht möglich.
- (8) Die Redezeit beträgt in der Regel drei Minuten für jede*n Redner*in, sofern die der Bundeskongress nichts anderes beschließt.
- (9) Der Bundeskongress kann Aussprachen und Antragsdebatten zeitlich begrenzen. Die Tagesleitung kann dem Bundeskongress dazu Vorschläge unterbreiten.
- (10) Teilnehmer*innen des Bundeskongresses mit Rederecht können nach Abschluss von Debatten und Abstimmungen persönliche Erklärungen abgeben. Sie sind bei der Tagungsleitung anzumelden. Persönliche Angriffe oder Beleidigungen können kein Teil von Persönlichen Erklärungen sein. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Persönliche Erklärungen werden nicht kommentiert.
- (11) Die Teilnehmer*innen des Bundeskongresses können bei der Tagungsleitung eine Zwischenfrage an die*den Redner*in anmelden, wenn in der Aussprache Unklarheit über einen Verhandlungsgegenstand besteht. Die Zwischenfrage kann erst gestellt werden, nachdem die*der Redner*in sie auf Nachfrage der Tagungsleitung zugelassen hat, und muss kurz und präzise formuliert sein.

(12) Durch die Protokollkommission ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen. Das Ergebnisprotokoll ist innerhalb von vier Wochen den Delegierten zuzustellen. Die Beschlüsse des Bundeskongresses sind innerhalb von vier Wochen in geeigneter Weise zu veröffentlichen.

5 § 3 Allgemeine Regeln zur Beschlussfassung

(1) Der Bundeskongress ist beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der angemeldeten Delegierten anwesend ist.

(2) Stimmrecht haben die angemeldeten Delegierten.

(3) Beschlüsse des Bundeskongresses werden grundsätzlich mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen (im Weiteren nur Mehrheit genannt) gefasst, sofern diese Geschäftsordnung oder die Satzung des Studierendenverbandes Die Linke.SDS nicht anderes vorschreibt. Stimmenthaltungen bleiben dabei unberücksichtigt. Stimmgleichheit gilt als Ablehnung. Beschlüsse über die Satzung von Die Linke.SDS werden mit zwei Drittel der abgegebenen Stimmen gefasst.

(4) Abstimmungen erfolgen grundsätzlich offen und durch Erheben der Stimmkarten. Das Tagungspräsidium kann zur Auszählung der Stimmen Zähler*innen einsetzen. Auf Antrag von $\frac{1}{4}$ der Delegierten ist eine Beschlussfassung geheim durchzuführen.

§ 4 Antragsberatung

(1) Antragsberechtigt sind alle Mitglieder von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer Hochschulgruppe von Die Linke.SDS, alle Mitglieder einer assoziierten Hochschulgruppe von Die Linke.SDS sowie alle Gremien, Hochschulgruppen, Landesverbände und bundesweiten Arbeitsgemeinschaften von Die Linke.SDS.

(2) Anträge sind elektronisch bei der Antragskommission einzureichen. Antragsschluss ist für satzungsändernde Anträge der 17.05.2026 um 23.59 Uhr und für sonstige Anträge der 21.06.2026 um 23.59 Uhr.

(3) Nach Antragsschluss können nur noch Dringlichkeitsanträge gestellt werden. Die Dringlichkeit muss von zehn Prozent der angemeldeten Delegierten dem Präsidium aufgezeigt werden. Über ihre Behandlung entscheidet der Kongress.

(4) Fristgemäß eingereichte Anträge sind von dem Bundeskongress zu behandeln oder zu überweisen.

(5) Änderungsanträge betreffen die Änderung eingereichter Anträge und sind elektronisch bei der Antragsberatungskommission einzureichen. Für Änderungsanträge kann vom Bundeskongress auf Vorschlag der Antragsberatungskommission ein Antragsschluss beschlossen werden. Änderungsanträge, die während der Aussprache auf dem Bundeskongress im Konsens zwischen den

ursprünglichen Antragssteller*innen und den Antragssteller*innen eines Änderungsantrages entstehen, sind von dieser Frist ausgenommen. Die*Der Antragsteller*in kann Änderungsanträge übernehmen, sofern kein*e Delegierte*r Widerspruch anzeigt.

(6) Die*Der Antragsteller*in hat das Recht, Anträge vor dem Bundeskongress zu begründen.

- 5 (7) Anträge und Änderungsanträge sind dem Bundeskongress durch die Antragsberatungskommission in geeigneter Reihenfolge zur Abstimmung zu stellen oder zur Überweisung vorzuschlagen.

(8) Die Abstimmung wird durch die Tagungsleitung geleitet, wobei zunächst die Stimmen „für“ den Antrag, dann „gegen“ den Antrag und abschließend die Stimmenthaltungen abzufragen sind.

- 10 (9) Anträge zur Geschäftsordnung dürfen sich ausschließlich mit dem Ablauf des Kongresses befassen und werden außerhalb der Liste der Redner*innen sofort behandelt, soweit nicht gerade eine Abstimmung läuft. Vor ihrer Abstimmung erhalten je ein*e Delegierte*r zunächst für und dann gegen den Antrag das Wort. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede. Antragsberechtigt zur Geschäftsordnung sind alle Personen mit Rederecht nach § 2 Abs. 2 dieser Geschäftsordnung.

- 15 (10) Anträge auf Wiederholung (Rückholung) einer Abstimmung sind unverzüglich nach Bekanntwerden des Grundes und unter Nennung desselben und der Umstände seines Bekanntwerdens zu stellen. Hierüber ist nach Für- und Gegenrede sofort abzustimmen. Die Antragseinbringung zählt als Fürrede.

- 20 (11) Der Antrag auf Beendigung der Debatte kann jederzeit zur Abstimmung gestellt werden, innerhalb des Tagesordnungspunktes jedoch nur einmal. Das Recht zur Antragstellung haben nur antragsberechtigte Personen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht in der Sache gesprochen haben. Vor Beschlussfassung ist die Liste der noch ausstehenden Redner*innen zu verlesen.

(12) Abweichungen von dieser Geschäftsordnung sind nur zulässig, wenn keine stimmberechtigte*r Teilnehmer*in dagegen Widerspruch erhebt.

25

§ 5 Wahlen und Kandidaturen

(1) Im Tagesordnungspunkt zu Wahlen gelten ergänzend zu § 2 folgende Verfahrensrichtlinien.

(2) Nach jeder Vorstellung der Kandidierenden werden vom Tagespräsidium Rückfragen zugelassen

- 30 (3) Jede*r Kandidat*in hat nach Beendigung der Vorstellungen und der Fragen aller Kandidierenden Zeit die ihr*ihm gestellten Fragen zu beantworten. Die Kandidat*In beantworten die Fragen in der Reihenfolge ihrer vorherigen Vorstellung.
-

Leitantrag

A1 Die Reichen wollen Krieg, die Jugend eine Zukunft - Leitantrag des Bundesvorstands zum 38. Bundeskongress

5

«Wir müssen es wagen, die Zukunft neu zu erfinden»

Thomas Sankara

10

Noch immer ist die Geschichte aller bisherigen Gesellschaften eine Geschichte von Klassenkämpfen. Unterdrücker und Unterdrückte stehen in Gegnerschaft zueinander. Wie auch schon 1848 wollten die Herrschenden ihren internationalen und innenpolitischen Hegemonieverlust dadurch bewältigen, dass sie die Grundlagen für die nächste Krise legen.

15

Am deutlichsten zeigt sich das an der zuspitzenden Weltlage: Der Zerfall der US-Hegemonie ist inzwischen so sicher, dass überall im globalen Süden Bewegungen für Souveränität und partnerschaftliche Beziehungen der Völker in Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur Aufwind haben. Währenddessen etablieren sich neue Machtzentren wie China, Russland und Indien. Der Westen verliert an ökonomischer und politischer Kontrolle, während die von ihm dominierten internationalen Institutionen zunehmend an Legitimität einbüßen, insbesondere durch die verstärkte Ignoranz des Westens gegenüber diesen Organisationen. An ihre Stelle treten rivalisierende Machtblöcke, die ihre Interessen zunehmend aggressiver gegeneinander durchsetzen.

20

25

Diese Entwicklung ist Ausdruck einer massiven Zuspitzung imperialistischer Konkurrenz. Der globale Kampf um Ressourcen, Absatzmärkte, Technologien und Einflusszonen wird mit härteren Bandagen geführt: Stellvertreterkriege, hybride Angriffe wie Cyberkrieg und Desinformation sowie direkte militärische Eskalationen sind längst zur Normalität geworden. Sanktionen, Handelskriege und Schuldenregime fungieren als Waffen, mit denen der Westen Staaten des Globalen Südens unter Druck setzt und in Abhängigkeit hält. Der Westen verteidigt seine schwindende Vorherrschaft mit allen Mitteln, egal ob wirtschaftlich, politisch oder militärisch. Gleichzeitig erleben wir

weltweit eine massive Aufrüstung: Milliarden fließen in Waffen statt in soziale Sicherheit, womit die Eskalationsspirale weiter angeheizt wird.

Der Angriff auf den Iran steht exemplarisch für diese aggressive Machtpolitik. Unter dem Vorwand,
5 einem zukünftigen Atomangriff zuvorzukommen, betreiben die USA und Israel eine Politik der Destabilisierung, Sanktionierung und militärischen Bedrohung, um ihre Kontrolle über Westasien zu sichern. Diese Politik trifft vor allem die Bevölkerung, die unter Inflation, Versorgungsengpässen, wachsender sozialer Unsicherheit und konstanten militärischen Angriffen leidet. Wegen dem lange andauernden Handelskrieg mit den USA geht der Iran neue Bündnisse mit China und Russland ein.
10 Diese Verschiebung zeigt, dass Sanktionen nicht nur isolieren, sondern auch zur Bildung neuer Bündnisse beitragen. Zugleich darf nicht übersehen werden, dass die iranische Führung selbst autoritär regiert und soziale Proteste mit massiver Gewalt unterdrückt. Die gesellschaftlichen Kämpfe im Inneren stehen damit in einem Spannungsverhältnis sowohl zur äußeren Bedrohung als auch zur inneren politischen Ordnung. Wir unterstützen die demokratischen Kräfte im Iran, die ihr
15 Handeln gegen die imperialistischen Angriffe und das Regime im Iran zugleich richten.

In Palästina zeigt sich die Gewalt dieser Weltordnung in ihrer brutalsten Form. Die anhaltende Besatzung, Blockade und systematische Entrechtung der palästinensischen Bevölkerung sowie der Genozid sind Ausdruck kolonialer Unterdrückung. Die fortgesetzte Siedlungspolitik, Landenteignungen und militärische Gewalt zerstören gezielt jede Perspektive auf Selbstbestimmung und Ge-
20 rechtigkeit. Darüber hinaus wird die palästinensische Gesellschaft durch territoriale Fragmentierung und ökonomische Abhängigkeit strukturell geschwächt. Internationale Institutionen erweisen sich dabei zunehmend als Hebel antikolonialer Initiativen. So haben die Klagen Südafrikas gegen Israel und Nicaraguas gegen Deutschland im Zusammenwirken mit den globalen Protesten den
25 Druck auf die Waffenliferant*innen deutlich erhöht und zu den Entscheidungen einiger westlicher Staaten beigetragen, Palästina als Staat anzuerkennen und Israel die Unterstützung seines Krieges zu versagen. Dadurch wird nicht nur das Völkerrecht untergraben, sondern auch global der Eindruck einer selektiven Anwendung von Normen verstärkt. Gleichzeitig existieren vielfältige Formen des Widerstands, die zeigen, dass die Frage Palästinas weiterhin ein zentraler Aspekt globaler
30 Gerechtigkeitskonflikte bleibt.

Auch Kuba ist weiterhin Ziel dieser globalen Aggression. Die US-Sanktionen sind nichts anderes als wirtschaftliche Kriegsführung, die darauf abzielt, ein alternatives Gesellschaftsmodell zu vernich-

ten. Wir lehnen alle Sanktionen als einseitige Zwangsmaßnahmen ab. Sie verschärfen die Lebensbedingungen der Bevölkerung und werden durch politische Isolation sowie gezielte Einflussnahme auf innenpolitische Prozesse ergänzt. Die jahrzehntelange Blockade hat strukturelle Engpässe in der Versorgung, im Energiesektor und bei Investitionen geschaffen, die sich in Krisenzeiten besonders zuspitzen. Gleichzeitig erschwert sie Kuba, neue Handelspartner zu finden. Trotz dieser Bedingungen verteidigt Kuba zentrale soziale Errungenschaften wie ein starkes Gesundheits- und Bildungssystem und ist ein Hoffnungsschimmer dafür, dass Sozialismus weiter möglich ist. Die Blockadepolitik zeigt, wie wirtschaftlicher Zwang eingesetzt wird, um politische Unterordnung zu erzwingen, während die daraus resultierenden Krisen lediglich die Zivilbevölkerung treffen, mit dem Ziel, sie zu beunruhigen.

Die geopolitischen Krisen und insbesondere die Sperrung der Straße von Hormus vertiefen die Krise des deutschen Kapitalismus. Das Kapital und seine politischen Vertreter*innen nutzen die Wirtschaftskrise zugleich als Anlass für einen umfassenden Angriff auf die arbeitende Klasse: Die deutsche Bourgeoisie will ihre schwächelnde wirtschaftliche Position durch einen krassen Angriff auf den Sozialstaat und verstärkte militärische Potenz verbessern.

Die Reichen wollen Waffen, die Jugend lernen

Die Weltmachtsansprüche werden in der Militärstrategie der Bundeswehr deutlich: Deutschland soll die stärkste konventionelle Armee Europas werden und will innerhalb der Nato eine Führungsrolle übernehmen. Russland wird als Hauptfeind markiert. Ziel ist eine personelle und technologische Aufrüstung. Bis 2029 soll eine schnelle Steigerung der Einsatzbereitschaft hergestellt werden, bis 2035 der breite Fähigkeitsausbau und zum 100. Jahrestags des Überfalls Deutschlands auf Polen soll der Aufbau technologisch überlegener Streitkräfte abgeschlossen sein. Neben konventionellen Waffen sollen zunehmend neue Technologien eingesetzt werden, mit denen eine weitere Entgrenzung der Kriegsführung vorgenommen wird.¹

Durch die vom Staat erzeugte Nachfrage erlebt nicht nur die Rüstungsindustrie einen Boom, auch zivile Hersteller forcieren einen Umstieg auf Waffenproduktion, um in der Wirtschaftskrise mehr Staatsaufträge abzubekommen.

¹<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1199192.bundeswehr-bundeswehr-erhaelt-erstmal-militaerstrategie.html> (abgerufen am 23. Mai 2026)

Das Wehrdienstmodernisierungsgesetz ist seit Jahresbeginn in Kraft. Neben den Schulstreiks hält der Widerstand weiter an: Ein Viertel der angeschriebenen 18-jährigen Männer hat den Fragebogen nicht zurückgeschickt und die Zahl der Kriegsdienstverweigerungsanträge schnell in die Höhe. Die Genehmigungspflicht für längere Auslandsaufenthalte wurde nach einem öffentlichen Aufschrei abgemildert, jedoch nur bis zu einem Einsetzen der tatsächlichen Wehrpflicht.

Die drohende Wehrpflicht ist dabei explizit kein Problem, das Studierende nicht betreffen würde: Es ist noch ungeklärt, was mit den ungemusterten Männern aus den Jahrgängen 1993 bis 2007 passieren soll. Es ist wahrscheinlich, dass diese noch nachgeholt wird, wenn die Wehrpflicht tatsächlich wieder eingesetzt wird. Daher ist eine Beteiligung an den Antiwehrpflichtprotesten für uns nicht nur eine reine Frage der Solidarität, sondern auch des eigenen Interesse.

Nicht zuletzt, da die Aufrüstung gerade das zentrale Paradigma der Staatsausgaben ist. Die Bundesregierung erhöht die Militärausgaben schneller als sie ursprünglich angekündigt hat: 2027 sollen rund 125 Milliarden in den Krieg gesteckt werden. Bis 2030 soll der Rüstungsetat und die Zinsen für die Sondervermögen fast die Hälfte des Haushalts ausmachen.² Damit zeigen sich deutlich die ruinösen Auswirkungen der Sondervermögen auf den Sozialstaat.

Die Haushaltslöcher sind zumindest für dieses Jahr gestopft: Statt mit der Erhöhung von Steuern auf Vermögen, soll mit der Erhöhung von Konsumsteuern wieder die arbeitende Bevölkerung für die Rüstung bezahlen. Und nach dem Willen der Unionsparteien ist das nicht genug. Beinahe täglich hetzen sie in den Medien: Acht-Stunden-Tag, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und Sprachkurse für Immigrant*innen haben sie im Visier. Die SPD tönt laut Widerstand, doch nur um sich damit zu brüsten, dass es noch schlimmer gekommen wäre, gäbe es die Sozialdemokratie nicht. Die „Agenda 2030“ steht somit offen im Raum, neben den Krankenkassen, Pflege und Rente hat die Union auch das BAföG ins Visier genommen: Wo jetzt so viele Gruppen Entbehrungen hinnehmen müssten, sei es schwer vermittelbar, wenn die BAföG-Sätze auf ein erhöht werden würden. Dorothee Bär demonstrierte ihre völlige Entfremdung des Studierenden und behauptete, dass man ihnen kein „Vollkasko“-Studium finanzieren müsse. Sie könnten ja einfach arbeiten gehen, wenn sie Geld brauchen würden. Dabei würde die geplante Reform hinter dem Bedarf der Studierenden zurückbleiben. Mit der materiellen Offensive geht auch eine ideologische Offensive einher. Studierende müssten auch ihren Beitrag zum Spardiktat leisten.

² <https://www.imi-online.de/2026/04/30/geschenk-fuer-die-ruestungsindustrie/> (abgerufen am 23. Mai 2026)

Die Reichen wollen Untertanen, die Jugend will Freiheit

5 Um die Zustimmung zur Militarisierung der Gesellschaft abzusichern, bekämpfen die Herrschenden den Protest dagegen immer härter: Am deutlichsten zeigt sich dies am zunehmend autoritären Auftreten der Polizei auf der Straße, welche außerdem mit immer weiteren Befugnissen ausgestattet werden soll. Innenminister Dobrindt will dem Verfassungsschutz neue Befugnisse gewähren, es wird flächendeckende Videoüberwachung eingeführt und die Polizei setzt die Überwachungssoftware von Palantir ein. Die Angriffe auf Presse- und Wissenschaftsfreiheit nehmen weiter zu
10 und auch an den europäischen Außengrenzen setzt die EU ihre autoritäre und tödliche Politik fort. Die hessische CDU setzt dem Ganzen die Krone auf, indem sie ein Infragestellen des israelischen Staates unter Strafe stellen will.

15 Der wachsende Unmut über diese Verhältnisse wurde besonders von der Studierendenbewegung getragen, die an den Universitäten eine Gegenmacht zur Staatsräson und dem Rechtsdrift erkämpfte. Die Studierendenbewegung entwickelt neue qualitative Hegemonie für die Anerkennung des Staates Palästina, für eine Zivilklausel sowie in den aufkeimenden Anti-Kürzungsprotesten. Deshalb wird an einigen Hochschulen die Entdemokratisierung vorangetrieben und eine neue studentische Bewegung versucht zu hemmen. Unsere Antwort darauf lautet: Solidarität! Gegen die
20 Repression entwickeln wir noch weitgehendere Ambitionen. Dabei kämpfen wir mit Bündnispartner*innen um die Hegemonie an den Universitäten.

Die beschriebenen Tendenzen sind Bestandteil einer umfassenderen Rechtsentwicklung, die das gesamte Parteienspektrum sowie die Institutionen des bürgerlichen Staates erfasst hat. Wir bewegen uns immer stärker in Richtung eines "autoritären Kapitalismus" (Frank Deppe). Auch wenn
25 es sich dabei um einen gesamtgesellschaftlichen Prozess handelt, ist der Kampf gegen die AfD als eine rechte Sammlungspartei mit bedeutendem faschistischen Flügel von hervorgehobener Bedeutung, um der realen Gefahr des Faschismus entgegenzuwirken.

30 Die faschistischen Teile der AfD eint ihre Forderung nach millionenfachen Massendeportationen. In diesen Bestrebungen orientieren sich die faschistischen Teile der AfD vermehrt an der Trump-Administration und der Anti-Migrationspolizei ICE, die sie sich auch für Deutschland wünschen, wie zuletzt wieder deutlich wurde: Ende Mai kamen bei einem "Remigrationsgipfel" in Porto internationale Faschist*innen zusammen, darunter auch der frühere ICE-Einsatzleiter Mike Bovino, mit dem

sich die AfD-Delegation (u. a. AfD-Bundesvorstand Kay Gottschalk) darüber beriet, wie derartige Methoden auch auf Deutschland übertragen werden könnten.³ Mit dabei waren auch Teile der Identitären Bewegung. Schon jetzt gibt es enge personelle Verflechtungen zwischen gewählten Repräsentant*innen der AfD und Teilen des gewaltbereiten extremrechten bis neonazistischen Spektrums gibt. Ein weiteres Erstarken der AfD wird auch diese Strukturen stärken, die für die faschistischen Teile der AfD potentiell eine Machtressource darstellen. Bei der Orientierung an ICE geht es keineswegs nur darum, "effektiver" abschieben zu können, sondern auch darum, eine paramilitärische Hilfspolizei aufzubauen, die das gewaltbereite Potential auf der Straße organisatorisch an die AfD bindet.

Derweil steht die Alternative für Deutschland bei bis zu 29% in bundesweiten Umfragen, hat die CDU weit hinter sich gelassen, und kommt in Sachsen-Anhalt, wo im Herbst gewählt wird, gar auf bis zu 42%. Die Merz-Regierung hat es nach nur einem Jahr fertig gebracht, eine in Teilen faschistische Partei zur beliebtesten Kraft in Deutschland zu machen. Sollte die Agenda 2030 so kommen wie es sich momentan abzeichnet und sollten sich die gigantische Aufrüstungspläne der Bundesregierung, wie geplant, weiter intensivieren, ist es nur eine Frage der Zeit bis die AfD in führender Rolle ins Kanzleramt einzieht.

In Sachsen-Anhalt könnte schon im Herbst die Regierungsübernahme durch die AfD erfolgen. Die Konsequenzen wären dramatisch – insbesondere für die Hochschulen. Hans-Thomas Tillschneider, hochschulpolitischer Sprecher der Fraktion, bringt die Pläne wie folgt auf den Punkt: "Wir wollen den 68er-Mist rückabwickeln".⁴ Konkret geht es um die Abschaffung kritischer Studiengänge, wie Gender und Postcolonial Studies. Stattdessen soll völkische Ideologie durch einen pseudowissenschaftlichen Anstrich salonfähig gemacht werden. So ist etwa ein "Lehrstuhl für Bevölkerungswissenschaft" geplant, an dem das vermeintliche "Absterben unseres Volkes" untersucht werden soll.⁵ Darüber hinaus will die AfD die verfassten Studierendenschaften abschaffen und damit die einstmals erkämpfte Teildemokratisierung unseres Lebens- und Arbeitsmittelpunkts vollständig liquidieren. In der Hochschulpolitik kann die AfD ihre politische Vision auf Landesebene besonders uneingeschränkt durchsetzen. Unsere Strategie dagegen ist klar: Einerseits der Kampf um gesell-

3 https://www.instagram.com/p/DZFaV_DjPIE/ (abgerufen am 6. Juni 2026)

4 <https://www.mdr.de/nachrichten/sachsen-anhalt/landespolitik/afd-mitbestimmung-hochschulen-studierendenraete-102.html> (abgerufen am 6. Juni 2026)

5 <https://www.zeit.de/2026/22/afd-sachsen-anhalt-hochschulen-hans-thomas-tillschneider> (abgerufen am 6. Juni 2026)

schaftlichen Hegemonie und in diesem Zusammenhang eine Verschiebung des Denk- und Sagbaren hin zu solidarischen und sozialistischen Alternativen durch die Eroberung der wissenschaftlichen Institutionen; andererseits die Entwicklung von kollektiver Widerständigkeit, wie sie heutzutage an Hochschulen und Universitäten noch relativ stark anzutreffen ist.

5

Doch das stellt uns vor Herausforderungen bei unserer Bündnispolitik: Zur Bekämpfung der AfD braucht es eine breite Ächtung der Partei in der Gesellschaft. Jedoch dürfen wir nicht im bürgerlichen Einheitsblock aufgehen, der durch seine Politik dem Faschismus den Boden bereitet: Ob bei der tödlichen Grenzpolitik an den europäischen Außengrenzen, rassistischen "Stadtbild"-Debatten, dem Angriff auf queere Menschen oder der fortschreitenden Militarisierung, zentrale Kernanliegen des faschistischen Projekts werden auch jetzt schon umgesetzt, ohne dass die Faschist*innen an der Macht sind⁶. Als Antifaschist*innen dürfen wir deshalb nicht bei dem Kampf gegen die AfD stehen bleiben oder mit jenen kooperieren, die gerade die Faschisierung vorantreiben.

10

15 **Wir kämpfen für unsere Zukunft**

Wir begeben uns in die Gegenwehr zu Faschisierung, Kriegen und Völkermorden. Denn wir kämpfen für die Welt des Friedens und der Freiheit – in internationaler Solidarität.

20

Dafür muss DIE LINKE.SDS ein Ort des gemeinsamen Widerstandes sein. An dem wir unsere Verzweiflung ablegen und Hoffnung schöpfen für die Auseinandersetzungen, die wir mit den Herrschenden führen. An dem wir die Welt interpretieren und Kämpfe bündeln

25

Wir setzen dafür an unserem Lebensmittelpunkt, den Hochschulen, an und stellen dort die Frage, wem diese Institutionen dienen sollen. Dafür organisieren wir Solidarität, kämpfen für unsere Zukunft und versuchen, unsere Kommiliton*innen, in den Kampf zu involvieren. Notwendig für gute Basisarbeit ist ein starker Verband.

Keine Uni der Bundeswehr

30

⁶<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1193206.antifaschismus-volksfront-n-gegen-wen-oder-was.html>

Die Schulstreikbewegung ist Teil einer dynamischen antimilitaristischen, pazifistischen Bewegung. In vielen Städten gibt es bereits Ansätze, diese an den Unis zu bestärken: Die Zivilklausel-Bewegung nimmt weiter Fahrt auf, für Wissenschaft und Bildung für den Frieden statt forcierter Öffnung für Militär, Bundeswehr und Rüstungskonzerne. Um die antimilitaristische Arbeit an den Unis zu stärken, wollen wir die Zivilklausel-Bewegung und Schulstreiks als Ausgangspunkt nehmen und antimilitaristische Strukturen an den Unis aufbauen. Diese sollten als Plattform fungieren, um

1. Lokale Aktivitäten gegen Rüstungsforschung, regionale Militarisierungsprojekte oder Bundeswehrpräsenz am Campus umzusetzen.

2. langfristige Aktionsformen wie kollektive Verweigerung auszuprobieren.

3. Fragen von Kapitalismus, Militarisierung und Internationalismus in der Studierendenschaft zu diskutieren.

4. Erfahrungen und Bündnispartner*innen zu gewinnen, um handlungsfähiger zu werden, um spontan auf sich zuspitzende Verhältnisse reagieren zu können.

Boykott von Apartheid, Genozid und Besatzung

Die westlichen imperialen Bestrebungen nehmen in der Neuordnung Westasiens aktuell Fahrt auf. Trotz des formalen Waffenstillstands führt die Besatzungsmacht Israel die Gewalt an den Menschen in Gaza fort, geht mit neuer Aggression ähnlichem Charakters im Libanon vor und führt einen Angriffskrieg zusammen mit den Streitkräften der USA gegen die iranische Bevölkerung durch. Die aktuellen Geschehnisse reißen sich so in fast 80 Jahre Vertreibung und Unterdrückung Israels in Palästina ein. Dieses Vorgehen wird materiell, finanziell und ideell von den imperialistischen Zentren, allen voran den USA und der BRD, ermöglicht und aufrechterhalten. Daraus ergibt sich dringender Handlungsbedarf für eine antiimperialistische Gegenbewegung.

Die Universitäten spielen dabei eine besondere Rolle. Israelische Universitäten sind eng mit dem Staatsapparat verbunden und dem militärisch-industriellen Komplex verbunden. Sie sind essenziell für die Aufrechterhaltung der Unterdrückung der Palästinenser*innen. Dort gibt es direkte Ausbildungsprogramme für und Karrierewechsel in das israelische Militär sowie hoch finanzierte Forschung für neue Waffen- und KI-Systeme für systematische Auslöschung und Überwachung.

Gleichzeitig festigen und führen sie die ideologische Ausbildung des Zionismus fort und leisten ihren Teil zur Faschisierung der israelischen Gesellschaft bei.

Die gewaltfreie und legitime Art und Weise dagegen zu protestieren ist der akademische Boykott, der im Sinne der PACBI Guidelines die Beendigung der Kooperationen zwischen anderen Hochschulen und israelischen Institutionen, die an Besatzung, Apartheid und Völkermord profitieren, fordert und an die Einhaltung internationalen Rechts appelliert. Dieser Protest hat seine Durchsetzungsfähigkeit in der Antiapartheid-Bewegung Südafrikas gezeigt und BDS knüpft genau an dieses Vermächtnis an.

Wir schließen uns als solidarische Studierende deutscher Universitäten und Hochschulen diesem Vermächtnis an. Viele von uns haben sich durch den andauernden Völkermord politisiert und fordern schon lange eine Beendigung der Waffenlieferungen. Jetzt ist es an der Zeit die Komplizenschaft unserer akademischen Institutionen anzuprangern und ihre materielle Grundlage anzugreifen.

Der Boykott darf dabei kein symbolischer Akt sein, sondern muss an direkte materielle Forderungen geknüpft sein, die sich aus der Komplizenschaft der jeweiligen Institutionen ergeben. So gut wie jede große Universität steht in Komplizenschaft durch Forschungs- sowie Austausch Projekten und, oder in Kooperationen mit Konzernen, wie dem israelischen Waffenhersteller Elbit Systems, die direkt von Unterdrückung und Vertreibung profitieren. Besonders seit diesem Jahr gründen sich immer mehr palästina-solidarische Gruppen, die den akademischen Boykott fordern, darunter auch einige SDS Ortsgruppen, die auch an der im Januar abgehaltenen Academic Boycott Conference teilnahmen und die dort erarbeitete Resolution und Kampagne mitunterzeichneten.

Um die Kampagne des akademischen Boykotts im SDS und an deutschen Hochschulen voranzutreiben, arbeitet der BAK Palästina mit dem Steering Committee der Academic Boycott Campaign DE eng zusammen, um die fragmentierten Kämpfe zusammenzuführen und eine schlagkräftige Bewegung aufzubauen. Dabei betonen wir erst recht die Wichtigkeit der internationalen Kooperation in der Wissenschaft, auch mit Wissenschaftler:innen in Israel, die sich gegen Apartheid und Genozid einsetzen. Der BAK soll hierzu ein Ort des Austausches und Vernetzung sein, Theorieveranstaltungen sowie Argumentationstrainings durchführen, wiederverwendbare Vorlagen und Handouts erstellen und bundesweit koordinierte Aktionen erarbeiten. Zentrale Orte des Schaffens stellen und stellen die Praxiswerkstätte auf dem Jugendkongress und der Sommerakademie dar.

Kampf gegen Faschismus

Als SDS verfolgen wir in diesem Semester im BAK Kampf gegen Rechts eine dreiteilige Strategie, um mit den Entwicklungen umzugehen:

- 5 1) Wir haben im Bündnis mit Professor*innen die Initiative "Wissenschaft gegen Faschismus" ins Leben gerufen, mit dem Ziel, die Widerständigkeit der Wissenschaft gegenüber der faschistischen Gefahr und breiteren autoritären Entwicklungen zu stärken. Unser Anspruch war und ist, für eine engagierte Wissenschaft zu streiten, die um die Wirksamkeit des von ihr produzierten Wissens be-
10 dacht ist und sich reflektiert in den Dienst einer progressiven gesellschaftlichen Entwicklung stellt. In diesem Zusammenhang haben wir eine bundesweite Aktionswoche organisiert, um eine Ausei-
500 Professor*innen in etwa 100 Städten haben sich angeschlossen und ca. 600 Veranstaltungen organisiert. Diesen Ansatz wollen wir nach Möglichkeit im Wintersemester neu auflegen und wei-
15 terentwickeln.
- 2) Als SDS sind wir überzeugt, dass die politische Lage heute so zugespitzt ist, dass es ohne einen konfrontativen Antifaschismus nicht geht. Wir beteiligen uns aktiv am Aufbau einer schlagkräfti-
gen und selbstbewussten antifaschistischen Bewegung. Dafür bauen wir lokal antifaschistische Plattformen wie z. B. Studis gegen Rechts mit auf und mobilisieren zum AfD-Parteitag nach Erfurt,
20 um diesen durch den Einsatz von massenhaftem zivilen Ungehorsam möglichst stark zu stören, im besten Fall sogar vollständig zu verhindern. Dabei geht es auch darum, einen Skandal zu provozie-
ren, der eine gesellschaftliche Debatte um die Legitimität des Protests und den faschistischen Flü-
gel der AfD auslöst, dadurch Spannungen in der AfD aufbrechen zu lassen und den politischen Preis für diejenigen hochzutreiben, die insgeheim schon auf ein Bündnis mit der AfD schielen. Ent-
25 scheidend für den Erfolg der Aktion wird sein, ob es gelingt, das überwiegend linksradikale Erschei-
nungsbild der früheren Aktionen an Stellen abzustreifen und eine deutlich größere Breite in die Blo-
ckaden einzubinden. Die Chancen dafür, dass das möglich ist, waren nie besser - in Erfurt findet
aktuell eine systematische Vorbereitung auf die Aktion statt, bei der sich die lokalen Strukturen
das Ziel gesetzt haben an 60.000 Haustüren (die Hälfte von Erfurt) zu klingeln, um eine hinreichend
30 große Anzahl der Erfurter*innen für die Proteste zu gewinnen. Am Vorabend des Parteitags findet
außerdem eine antifaschistische Wissenschaftskonferenz in Erfurt statt, die die Aktion inhaltlich-
theoretisch flankieren wird.

3) Faschismus ist eine mögliche Form der autoritären Bearbeitung kapitalistischer Krisen und hat historisch der Aufrechterhaltung der bestehenden Eigentumsordnung bzw. den Interessen des Monopolkapitals gedient. Wir werden den Faschismus nur dann vollständig schlagen können, wenn wir seine Entstehungsbedingungen überwinden. In der heutigen Situation bedeutet das einerseits, eine Massenbewegung gegen die Aufrüstung und den Sozialstaatsabbau aufzubauen; andererseits aber auch, erste Schritte im Aufbau einer solidarischen Alternative zum Status Quo zu gehen, die im Viertel, im Betrieb und an den Unis vormacht, wie spürbare Verbesserungen gemeinsam erkämpft werden können. Der Faschismus ist wie Clara Zetkin schreibt ein "Asyl für politisch Obdachlose". Er gedeiht dort, wo Ängste vor individuellem und gesellschaftlichem Abstieg grassieren und es keinen Horizont einer solidarischen Zukunft gibt, keine überzeugende Vision kollektiven Handelns zur Verbesserung des eigenen Lebens, keinen Glauben in die Möglichkeit des erfolgreichen Klassenkampfes. Um dieser politischen Obdachlosigkeit und der heute verbreiteten hyperpolitischen Ohnmacht entgegenzuwirken, wollen wir die Linkspartei dahingehend aufbauen, dass sie ein Instrument wird, um die Selbstaktivität der Menschen zu stärken und alternative Vorstellungen von Machtaufbau zum stellvertreterischen Reformismus in der Arbeiter*innenklasse zu verankern. Vor diesem Hintergrund geht es darum, die positiven Ansätze der Haustürwahlkampf- bewegung zu radikalisieren und auf eine nachhaltige Organisation auszurichten. In diesem Sinne und auch angesichts der enormen Bedrohung durch die AfD in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern bei den kommenden Landtagswahlen, wird sich der SDS aktiv in den Kampf um die Direktmandate im Osten einbringen, um damit einerseits einen leider notwendigen Abwehrkampf zu führen, aber auch am Aufbau von Polen der Hoffnung mitzuwirken, die der AfD mittelfristig ernsthaft etwas entgegensetzen können.

Wir kämpfen um die Unis. Im Kampf gegen Militarismus und Faschismus müssen wir die bereits erarbeitete Stellung linker Kräfte in den Studierendenschaften halten und ausbauen. Gerade in Zeiten politischer Kürzungen sind Studierendenschaftsgelder wichtige Ressourcen, um sozialistische Arbeit zu unterstützen. Darüber hinaus wollen wir die Gremien nutzen, um Studierende mit sozialistischen Ideen in Verbindung zu bringen und in Klassenkämpfe zu involvieren.

Zudem ist die Frage nach kritischer Wissenschaft eine nach unserem konkreten Alltag: In unseren Veranstaltungen müssen wir linke Inhalte einfordern und -bringen. Mit eigener Bildungsarbeit wie Vorlesungsreihen und Lesekreisen intervenieren wir in das Campusleben und setzen Alternativen zur herrschenden Politik. Die Vernetzung mit kritischen Wissenschaftler*innen stärkt unsere Interventionsfähigkeit und durch die Benennung von Professuren können wir Campusse gezielt sozialistischer machen.

Mehr Gruppen, geschulte Genoss*innen

Unser Verband hat seit dem letzten Bundeskongress 96 Mitglieder dazugewonnen. Damit stehen
5 wir jetzt (30.05.2026) bei 1.026 Mitgliedern. Außerdem wurden fünf neue Gruppen gegründet: SDS
Halle Burg, Chemnitz, Lüneburg, Hochschule Bremen, Katholische Hochschule Köln.

Darüber hinaus haben wir ein Presseteam aufgebaut. Bisher wurde darin vor allem für den Jugend-
kongress gearbeitet. Die Erfahrungen und Fähigkeiten, die in dieser Zeit gewonnen wurden, möch-
10 ten wir in Zukunft für die Pressearbeit des SDS nutzen.

Das quantitative Wachstum des Verbandes birgt das Potenzial, ein schlagkräftiger(er) Akteur in-
nerhalb der deutschen Hochschullandschaft zu werden. Um unser Potenzial auszuschöpfen,
braucht es gleichzeitig einen qualitativen Verbandsaufbau. Es braucht einen Verband, der in der
15 Breite dazu in der Lage ist, auszumachen, an welchen Stellen er intervenieren kann und der die
Fähigkeit besitzt bundesweit koordiniert in aktuelle Auseinandersetzungen einzugreifen. Dafür
brauchen wir in allen Ortsgruppen gut ausgebildete Genoss*innen, die untereinander eng vernetzt
sind, um gemeinsam handlungsfähig zu werden.

20 In diesem Sinne haben wir die Teamer*innenausbildung mit 26 Städten durchgeführt. Im Verlauf
von drei Präsenzwochenenden konnten wir unser theoretisches Wissen vertiefen, Learnings für
den Aufbau unserer Ortsgruppen und Genoss*innen vor Ort mitnehmen und gemeinsam Erfahrun-
gen in der Arbeit rund um den Jugendkongress sammeln. Außerdem wurde die Zusammenarbeit
zwischen den Ortsgruppen gestärkt. Die Teamer*innenschulung war somit ein enorm erfolgreiches
25 Projekt an das wir jetzt anknüpfen wollen.

Auf dem Jugendkongress wollen wir daher auch die Arbeit an gemeinsamen Kampagnen voran-
bringen. In den Kongresswerkstätten werden wir mit SDS-Genoss*innen und am SDS interessier-
ten Teilnehmenden zusammenkommen und an Plänen zu Palästina, Wehrpflicht, und Antifaschis-
30 mus arbeiten. Des Weiteren finden Kampagnenwerkstätten zu Feminismus und Sozialprotesten
statt. Durch die gemeinsame Entwicklung eines Plans wollen wir Aktivitäten zu den genannten
Themen in die Breite tragen.

Ideen, die an einem einzigen Termin geteilt werden, laufen Gefahr zu verpuffen. Wenn wir mit unseren Projekten tatsächlich etwas ändern wollen – im Verband und an den Unis – dann müssen wir die Arbeit der Ortsgruppen kontinuierlich begleiten.

Im letzten Semester hat das bereits gut funktioniert. Wir konnten die Gruppenbetreuung auf mehr Schultern verteilen und dadurch mehr Gruppen langfristig betreuen. Mit einigen Gruppen haben wir strategische Beratung etabliert, bei denen wir gemeinsam Lösungen für ihre Herausforderungen erarbeiten.

Nach dem Juko werden wir diese Art der Gruppenbetreuung verbreitern. In den Teamer*innenslots auf dem Juko setzten wir den Grundstein, um Neugründungen zu ermutigen und uns mit potenziellen Genoss*innen zu vernetzen, die wir daraufhin eng begleiten. Die Teamer*innenausbildung hat außerdem den Grundstein dafür gelegt, dass einige Teamer*innen zukünftig Teil des GruKa-Teams werden.

Wie in jedem Jahr wird es auch dieses Jahr eine Sommerakademie geben. Angesichts des Verbandswachstums wird sie dieses Jahr für deutlich mehr Genoss*innen geplant. Neben den theoretischen Inhalten soll dieses Mal praxisbezogenen Angeboten mehr Raum gegeben werden. So kann die SAK als Landebahn nach dem Jugendkongress gesehen werden, wohin wir neue sowie langjährige Genoss*innen einladen können um gemeinsam über inhaltliche Fragen und Projektideen für das Wintersemester zu diskutieren, Learnings aus der eigenen Praxis auszutauschen und Genoss*innen aus anderen Ortsgruppen kennenzulernen.

Neben der vergrößerten SAK schlagen wir vor eine Kader*innenschulung im Verband zu verstetigen. Über die Teamer*innenausbildung konnten sich Genoss*innen marxistische Grundlagen und praktische Skills aneignen, Verantwortung übernehmen und Wissen an ihre Ortsgruppen weitergeben. Einige dieser Genoss*innen haben darüber zentrale Rollen in ihren Ortsgruppen oder auf Bundesebene übernommen.

Für den Aufbau eines mittleren Führungskaders in unserem Verband braucht es dieses regelmäßige Schulungsformat, um Wissen weiterzugeben, neue Genoss*innen und Ortsgruppen anzubinden und voneinander zu lernen.

Die Krisen spitzen sich weiter zu und es wird unabdingbar sein, dass wir als Verband flexibel und handlungsbereit initiativ im Aufbau einer internationalistischen Studierendenbewegung sind.

Eine jährliche Kader*innenschulung⁷ kann eine zentrale Rolle dabei spielen, den Verband in seiner Handlungsfähigkeit weiterzuentwickeln.

Zukunft oder Krieg?

5

Wir stehen an einem Scheideweg. Wenn wir den Weg mit den Herrschenden gehen, werden wir den Preis für ihre Krisen zahlen. Daher müssen wir unseren eigenen Weg gehen, hin zu einer bedürfnisorientierten Wirtschaft und solidarischem Miteinander. Doch die Herrschenden brauchen uns, damit wir in ihren Armeen morden und für ihre Waffen forschen. Deshalb ist es umso notwendiger, dass wir uns in Gegnerschaft zu ihnen stellen und es wagen, die Zukunft neu zu erfinden.

10

⁷ Unter "Kader*innen" verstehen wir Personen, die die langfristigen politischen Ziele im Blick haben und nötige Schritte für dessen Erreichung in die Wege leiten. Diese Fähigkeiten kommen meist durch Erfahrung, können aber auch gemeinsam entwickelt werden, indem wir uns gegenseitig befähigen, strategisch zu denken und zu handeln. Dabei können Kader*innen als "lokale Strategiehospots" verstanden werden, die in der sich schnell verändernden Welt bei lokalen und zeitlich dringlichen Herausforderungen intervenieren können und dabei die Ortsgruppe durch Wissen und Praxiserfahrung stärken. Wir wollen also keine "one person show", sondern Personen in den Ortsgruppen, die ihre Erfahrung und Wissen innerhalb der Ortsgruppe, aber auch in den Verband weiter tragen. Dadurch soll eine breite Interventionsfähigkeit hergestellt werden.

Soziales und Verbandsentwicklung

A5 Kader*innenschulung weiterführen - Führungsfähigkeit verbreitern

5 Auf Wachstum und Herausforderungen reagieren

Der SDS ist in den letzten Jahren stetig gewachsen. Dazu kamen nicht nur neue Mitglieder in bestehenden Ortsgruppen, sondern auch völlig neue Ortsgruppen. Das stellt den Verband und damit seine Ortsgruppen vor veränderte Herausforderungen. Um dem gerecht zu werden, haben wir die Gruppenbetreuung intensiviert, indem wir das GruKa Team gegründet haben und es so geschafft, Ortsgruppen enger anzubinden. Über die Ortsgruppenbetreuung konnte das GruKa-Team im regelmäßigeren Austausch mit Genoss*Innen aus den Ortsgruppen sein, bei lokalen Herausforderungen unterstützen und Wissen, welches bereits im Verband und in anderen Ortsgruppen besteht, verbreitern. Mit regelmäßigen Gesprächen über die Herausforderungen der Ortsgruppen konnten wir einen festen Raum schaffen, um diese gemeinsam zu reflektieren und daraus Handlungen abzuleiten.

Um ein bundesweit schlagkräftiger Verband zu sein, müssen die Ortsgruppen sowohl eng betreut, als auch die Mitglieder selbst handlungsfähig sein. Diese Handlungsfähigkeit wollen wir durch eine "Kader*innenschulung" ausbauen. Die Teamer*innenausbildung für den Jugendkongress hat gezeigt, dass dieses Konzept sehr wirksam ist, um Inhalte zu vermitteln und große Gruppen zielgerichtet zu koordinieren. Über die Teamer*Innenausbildung wurden mehr als 60 Genoss*innen aus 26 Städten in marxistischen Grundlagen sowie praktischen Skills geschult. Die Genoss*Innen, die an der Teamer*Innenausbildung teilgenommen haben, sind nun teilweise zu zentralen Personen in ihren Ortsgruppen geworden und übernehmen führende Rollen in Bundesarbeitskreisen.

Die Ausbildung

Jede sozialistische Organisation, die in der Lage ist Macht gegen die herrschenden Interessen aufzubauen, basiert auf einer Struktur von Kader*innen, die Führungsrollen im revolutionären Kampf einnehmen und die Organisation beständig aufbauen. Das Verhältnis von Kader:innen-Struktur und

Massenorganisation ist dabei entscheidend. Unsere Kader*innen-Ausbildung soll Genoss*innen, die jetzt schon einen wichtigen Anteil der politischen Führung in den Ortsgruppen bilden, in ihrer Weiterentwicklung unterstützen. Das Leitbild für die Kader*innen im SDS ist eine *aufbauende Funktion* für den Gesamtverband und alle Mitglieder. Über die Kader*innen-Schulung sollen mehr

5 Genoss*innen dazu befähigt werden, ihre lokalen Ortsgruppen und Projekte aufzubauen und dabei wiederum noch mehr Genoss*innen und Kommiliton*innen dabei befähigen, sich an der Praxis und Diskussionen im SDS zu beteiligen.

Unter "Kader*innen" verstehen wir Personen, die die langfristigen politischen Ziele im Blick haben und nötige Schritte für dessen Erreichung in die Wege leiten. Diese Fähigkeiten kommen meist

10 durch Erfahrung, können aber auch gemeinsam entwickelt werden, indem wir uns gegenseitig befähigen, strategisch zu denken und handeln. Dabei können Kader*innen als "lokale Strategiehots" verstanden werden, die in der sich schnell verändernden Welt bei lokalen und zeitlich dringlichen Herausforderungen intervenieren können und dabei die Ortsgruppe durch Wissen und Praxiserfahrung stärken. Wir wollen also keine "one person show", sondern Personen in den Ortsgrup-

15 pen, die ihre Erfahrung und Wissen innerhalb der Ortsgruppe, aber auch in den Verband weiter tragen. Dadurch soll eine breite Interventionsfähigkeit hergestellt werden. Bei der Ausarbeitung der Schulung soll ein zeitlicher Rahmen festgelegt werden, der regelt, wie lange Teamer*innen bzw. Kader*innen diese Rolle in ihrer Ortsgruppe übernehmen.

Mögliche Inhalte:

Um diese Interventionsfähigkeit herzustellen, bedarf es der Auseinandersetzung mit marxistischen Grundlagen ganz im Sinne von "die Welt verstehen, um sie zu verändern". Um nicht Politik ins

25 Blaue zu machen, sondern strategisch kluge Vorschläge zu machen, braucht es Verständnis von den Verhältnissen, wie sie entstanden sind und wie sie aufrecht gehalten werden. Wir wollen allerdings keine reine theoretische Diskussionsveranstaltung, sondern eine "gute Mischung" aus Theorie, Geschichte und Skillerwerb für die Praxis (Gruppenaufbau, Methoden etc.).

Die theoretische Auseinandersetzung sollte daran ausgewählt werden, welches Wissen wir für unsere Praxis, z.B. laufende Verbandsprojekte, benötigen. Das Erlernte wird wiederum in die Orts-

30 gruppen getragen und so das Wissen im Verband verbreitert.

Der Rahmen:

Der Bundesvorstand wird aufgerufen, gemeinsam mit der Geschäftsführung ein Orga-Team zusammenzustellen, welches die Schulung organisiert und durchführt.

- 5 Zur Finanzierung wollen wir unter finanziellem Vorbehalt 9000 Euro zur Verfügung stellen. Zur Finanzierung sollen zusätzliche Gelder an verschiedenen Stellen (PV, Solid, RLS,...) eingeworben werden. Mindestens eine punktuelle Zusammenarbeit mit der Linksjugend ['solid] ist ebenfalls möglich.

A15 Sozialproteste

Aktuelle Lage

5 Auf die Rezession in der deutschen Wirtschaft reagiert die Merz-Regierung mit der Vorbereitung einer großen Liberalisierungswelle nach dem Vorbild der "Agenda 2010", in der die Arbeiter*innen-rechte eingeschränkt und die schwächsten Teile unserer Gesellschaft weiter in noch schlechtere Lebensverhältnisse gedrungen werden. Gekürzt wird zum Beispiel in wichtigen Bereichen wie dem
10 Gesundheitswesen, der Bildung sowie Sozialleistungen wie dem Bürgergeld. Auch als Studierende sind wir von der auf den Sozialabbau folgenden Verschlechterung der Lebens- und Arbeitsverhältnisse, sowie schon jetzt jahrelanger Unterprioritisierung der Bildung stark betroffen.

Durch die steigende Drittmittelabhängigkeit in der Hochschulfinanzierung liegt der Fokus auf prestigeträchtiger Forschung, worunter die Lehre leidet. Steigende Semesterbeiträge und WG-Mieten
15 erschweren die Bildungszugänge. Die Bundesregierung verweigert sich einer substanziellen Ba-föG-Reform, womit die Ausbildungsförderung nur noch als Feigenblatt für die angebliche Sorge um die Bildungsmobilität dient. Weitere Kürzungen wie in der gesetzlichen Krankenversicherung oder dem Pflegegeld erhöhen den Druck auf chronisch kranke Studierende und solche mit Careverant-wortung. Des weiteren ist fraglich, wie sich die in Aussicht gestellte Abschaffung des Minijobs auf
20 die Existenzen vieler Studierenden auswirkt.

Für uns ist klar: Die aktuellen Sozialkürzungen stehen nicht für sich, sondern sind als Teil der zunehmenden Militarisierung und Kriegsvorbereitungen zu verstehen. Das soziale Fundament unserer Gesellschaft wird angegriffen, Menschen vereinzelt und die Klassenunterdrückung intensiviert.
25 Auch ohne gesetzliche Wehrpflicht, werden (junge) Menschen mehr und mehr dazu gezwungen gut bezahlte Stellen in der Armee anzunehmen. Deutschland und die EU ringen um ihre Plätze in unserer neuen multipolaren Weltordnung. Während bei der Butter gekürzt wird, werden Milliarden in Kanonen gesteckt. Dass das Geld für Investitionen in Bildung und Sozialleistungen da ist, ist deshalb schon längst großen Teilen der Bevölkerung klar.

30

Vor diesem Hintergrund formieren sich derzeit im gesamten Bundesgebiet Proteste gegen die Sozialkürzungen, zu denen zum Beispiel die Partei Die Linke und die Gewerkschaften des DGB aufrufen. Im Zuge solcher Proteste ist das Potential groß, dass sich an der Frage der "Agenda 2030" und

im gemeinsamen Kampf dagegen weite Teile der Arbeiter*innenklasse politisieren und ein Klassenbewusstsein entwickeln. Dafür müssen wir aber auch eine klare sozialistische Gegenperspektive zum Aufstieg der extremen Rechten stellen, welche durch den Unmut in der Gesellschaft seit Jahren befeuert wird.

5

Historische Lehren für den Kampf gegen die Agenda 2030

Auf der Suche nach strategischen Ansätzen, um die massiven Angriffe der Agenda 2030 abzuwehren, sollten wir aus vergangenen Auseinandersetzungen um den Sozialstaat lernen. Besonders der Arbeitskampf um die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall im Jahr 1956 verdeutlicht, wie politische Forderungen erfolgreich durchgesetzt werden können. Da die Einführung einer gesetzlichen Lohnfortzahlung von konservativen Bundesregierungen seit 1945 blockiert wurde, entwickelte die IG Metall eine Strategie, die politische Forderung in eine tarifliche Auseinandersetzung zu überführen. Als Ausgangspunkt wählte sie die Kieler Werften, deren hoher Organisationsgrad und wirtschaftliche Bedeutung günstige Voraussetzungen für einen erfolgreichen Arbeitskampf boten. Hier machte sie die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall zum Ziel einer konkreten Tarifaueinandersetzung - gleichzeitig war allen Beteiligten klar, dass diese Auseinandersetzung richtungsweisend für die ganze Republik sein würde. Der 114 Tage andauernde Streik wurde schließlich gewonnen. Ausschlaggebend waren neben der wirtschaftlichen Durchsetzungskraft der Beschäftigten eine bundesweite Solidaritätsbewegung, die die Streikenden auch finanziell unterstützte. Mit dem Sieg hatten die Metallarbeiter:innen vorgemacht, was möglich war und damit einen bundesweiten Leuchtturm im Kampf für die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall errichtet. Wenige Monate später verabschiedete die Bundesregierung ein Gesetz zur bundesweiten Lohnfortzahlung im Krankheitsfall - aus Sorge vor einer Ausweitung vergleichbarer Tarifkonflikte.

25

Ein anderes lehrreiches Beispiel bilden die großen Proteste 2003/2004 gegen die Agenda 2010. Hier hatten sich die DGB-Gewerkschaften zunächst zaghaft gezeigt, auch weil sie nicht bereit waren gegen die regierende SPD, die ihre traditionelle Verbündete war, in die Vollen zu gehen. Schließlich gelang es jedoch einem Protestbündnis aus Attac, Armutsverbänden und linken gewerkschaftlichen Basisorganisationen eine Großdemonstration mit 100.000 Teilnehmer:innen zu organisieren. Dies setzte die Gewerkschaftsführung unter Druck, so dass sie schließlich selbst große Proteste organisierte, an denen eine halbe Millionen Menschen teilnahmen. In den Folgemonate erfassten zudem dezentrale Montagsdemos von Ostdeutschland aus die ganze Republik. Hunderttausende Arbeiter:innen und Armutsbetroffene wurden Teil der Auseinandersetzung, es kam

- zu einer Linksabspaltung der SPD aus der später in einer Zusammenführung mit der PDS die Linkspartei hervorgehen sollte. Trotz einer enormen gesellschaftlichen Reichweite konnten die Reformen jedoch nicht verhindert werden. Entscheidend war, dass es trotz der Mobilisierung an einer Eskalationsstrategie fehlte: Der DGB setzte auf politischen Druck durch Großdemonstrationen, verzichtete jedoch auf die Organisierung betrieblicher Arbeitskämpfe. Im Unterschied zu 1956 zeigt dieses Beispiel, dass Massenproteste allein häufig nicht ausreichen, wenn sie nicht mit der ökonomischen Macht der Beschäftigten verbunden werden. Es ist wichtig, aus diesen historischen Beispielen für die in den nächsten Monaten antizipierten Sozialproteste zu lernen.
- 10 Sie zeigen einerseits, dass es für die Verhinderung von massiven Sozialkürzungen entscheidend ist, eine große Bewegung aufzubauen und dass sich große Player wie die DGB Gewerkschaften eher in eine Auseinandersetzung einbinden lassen, wenn es gelingt erste Erfolgsmomente über Protestbündnisse zu kreieren. Hier können wir als Studierende eine Schlüsselrolle spielen, gerade dann, wenn es gelingt, genuin studentische Anliegen, wie eine Erhöhung des BAföGs oder die Aus-
- 15 finanzierung unserer Hochschulen mit diesen Kämpfen zu verbinden. Andererseits machen die beiden Beispiele auch deutlich, dass es nicht zwangsläufig ausreicht, Massenproteste auf die Straße zu bringen, sondern dass es eine Verbindung großer Proteste mit betrieblichen Auseinandersetzungen braucht, um genügend Macht aufzubauen, solche Reformen in die Knie zu zwingen.
- 20 Die nächsten Monate werden darüber entscheiden, ob dies heute wieder gelingt. Eine besondere Rolle spielt dabei der Gesundheitssektor, da er mit der schon sehr konkreten GKV-Reform als erstes angegriffen wird. Wird die GKV-Reform in der aktuell vorliegenden Form beschlossen, ist es sehr wahrscheinlich, dass zahlreiche Klinikführungen sogenannte Tarifverträge Entlastung (TV-E) über ein Sonderkündigungsrecht kündigen. Das hätte verheerende Folgen für die Gesundheitsversorgung und Arbeitsbedingungen im Krankenhaus. Die Charite in Berlin hat bereits den dort gelten-
- 25 den TV-E gekündigt und dadurch eine Auseinandersetzung eröffnet, die das Potenzial bietet, bundesweit auszustrahlen und ähnlich wie 1956 oder auch 1996, als die Lohnfortzahlung verteidigt wurde, durch Streiks auf politische Gesetze Druck auszuüben. Als SDS erkennen wir die besondere Bedeutung der Charite in den aktuellen Klassenkämpfen an und zeigen uns solidarisch mit der
- 30 Streikbewegung. Außerdem beginnen die Beschäftigten bei Bund und Kommunen ab Dezember ihre Tarifaueinandersetzung über mehr Gehalt und bessere Arbeitsbedingungen. Im April 2027 endet die Friedenspflicht für 2.5 Millionen Beschäftigte, von denen der Großteil direkt oder indirekt von den massiven Kürzungen angegriffen werden. Dazu zählen Beschäftigte aus der Entsorgung, ÖPNV, Kitas, sowie Krankenhäusern. Es wird das erste Mal seit langer Zeit möglich sein, dass am 1.

Mai hunderttausende Menschen bundesweit streiken. Auf diese zentrale gesamtgesellschaftliche Auseinandersetzungen sollten wir uns als SDS vorbereiten und bereits im Vorhinein solidarische Bündnisse mit den Beschäftigten aufbauen.

5 Rolle des SDS

Angesichts dieser Entwicklung kommt der Klärung der eigenen Rolle als Verband eine zentrale Bedeutung zu. Der SDS darf sich in dieser Auseinandersetzung nicht auf die Position eines Beobachters beschränken, sondern muss aktiv gestaltender Teil der Bewegung werden. Als SDS sind wir in den letzten Jahren bereits in vielen lokalen Auseinandersetzungen zu Kürzungen und der Sozialen Frage aktiv. Wir haben dadurch Expertise aufgebaut, Bündnisse geschmiedet und Erfahrungen gesammelt, die wir in den Dienst einer über die Hochschulen hinausgehenden Auseinandersetzung stellen können. Unser Anspruch ist es, in den kommenden Konflikten um die Agenda 2030 interventionsfähig zu sein. Das heißt, nicht erst zu reagieren, wenn Mobilisierungen bereits laufen, sondern frühzeitig eigene Analysen, Positionen und Handlungsvorschläge in die Bewegung einzubringen.

Interventionsfähigkeit setzt politische Bildung voraus. Wir wollen uns als Verband systematisch mit der Frage auseinandersetzen, wie Austeritätspolitik funktioniert, welcher Klassenlogik sie folgt und welche Lehren aus vergangenen sozialen Kämpfen der Jahre 1956, 1996 und 2003/2004 zu ziehen sind. Nur auf dieser Grundlage können wir in Bündnissen und auf dem Campus argumentativ überzeugend auftreten und der Erzählung von der "Alternativlosigkeit" der entstehenden Protestwelle einen organisierenden Effekt, den wir aktiv nutzen wollen. Proteste gegen Sozialabbau sind nicht nur Abwehrkämpfe, sondern Momente, in denen sich Klassenbewusstsein bildet und neue Genoss*innen für sozialistische Organisation gewonnen werden können. Diese Chance wollen wir gezielt für den Aufbau des Verbandes nutzen.

Dabei verstehen wir unsere Bündnisarbeit nicht allein als Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke. Schlagkräftiger Widerstand gegen die Agenda 2030 entsteht dort, wo sich studentische und organisierte Arbeiter*innenkämpfe verbinden. Die anstehende TVöD-Tarifrunde 2027 ist für uns ein zentraler Bezugspunkt. Wir wollen frühzeitig Kontakt zu Gewerkschaften und organisierten Beschäftigten aufbauen, uns mit ihren Kämpfen solidarisieren und so eine reale Verbindung zwischen Hochschule und Betrieb herstellen, statt Bündnisarbeit auf den parteipolitischen Rahmen zu beschränken.

Dieser Antrag soll als Debattenaufschlag für eine tiefere Auseinandersetzung fundieren, da wir die Arbeit zu sozialen Fragen als einen der Arbeitsschwerpunkte für das kommende Semester sehen. Wir wollen das Momentum der Sozialproteste als Verband nutzen, um unsere Analyse zu schärfen und im Verband zu verbreiten, den SDS nach außen stärker als Akteur und Anlaufstelle setzen und daran als Verband wachsen.

Da wir als Studierende auch Teil der Arbeiter*innenklasse sind und von Reformen der Agenda 2030 betroffen sein werden, verstehen wir es als unsere Aufgabe als sozialistischer Studierendenverband, als Studierende an Seite der Arbeiter*innen zu stehen und die Auseinandersetzungen als unseren Kampf zu verstehen. Im Zuge dessen werden wir uns den Sozialprotest-Bündnissen, unter anderem den von der Linkspartei ausgerufenen "Es reicht!" Bündnis beteiligen, dort eine Perspektive von Studis einbringen und strategisch einwirken. Der Bundeskongress ruft den Verband auf sich auch auf lokaler Ebene in diesem Bündnis zu engagieren.

Mit der Beteiligung der Partei die Linke an den Sozialprotesten hat sie die Möglichkeit unserer Vorstellung als organisierende Klassenpartei näher zu kommen zu werden und sich aktiv für die Anliegen der arbeitenden Klasse einzusetzen. Als Studiverband ist das Mitwirken bei den Sozialprotesten auch eine Chance, die Partei weiter nach links zu treiben und sie in Richtung einer sozialistischen Anti-Establishment Partei zu bewegen.

Bildungsarbeit im Verband

Mit dem BAK Sozialproteste wollen wir einerseits selbst aktiv werden und strategische Überlegungen zur Durchführung der Sozialproteste anstellen, und uns andererseits weiter mit dem Thema und den Hintergründen der Austeritätspolitik auseinandersetzen.

Zusätzlich zur Schwerpunktsetzung bei der Sommerakademie, werden wir ein Bildungswochenende zur Militarisierung und den Sozialkürzungen organisieren. Wir werden uns den Themenkomplex theoretisch erschließen und strategische Überlegungen anstellen, wie wir die bundesweite Bewegung an die Unis bringen und stärken können. Wir sehen es als eine wichtige Aufgabe, das Gelernte dann auf den Campus zu tragen und die Diskussionen mit unseren Kommiliton*innen weiterzuführen. Wir erarbeiten uns Material und

Bildungsinterventionen, welche wir bundesweit in den Ersti-Wochen und den Kampagnen für die Wahlen der Studierendenparlamente ein- und umsetzen können.

Antifaschismus und Antirassismus

A6 Der Kampf um den Osten

“Aus rechter Wut, linken Mut machen!” – Hans Jürgen Urban (IGM)

5

Zusammenfassung

Der Osten Deutschlands wird in den kommenden Jahren zu einem zentralen Schauplatz der politischen Auseinandersetzungen. Während die AfD insbesondere in Ostdeutschland ihre stärksten Wahlergebnisse erzielt, rechtsextreme Einstellungen weit verbreitet sind und in Sachsen-Anhalt sogar eine AfD-Alleinregierung möglich erscheint, wächst zugleich der Wunsch vieler Menschen, sich dieser Entwicklung entgegenzustellen. Die Erfahrungen der vergangenen Monate zeigen, dass die gesellschaftliche Stimmung nicht auf Resignation festgelegt ist. Insbesondere die breite lokale Mobilisierung gegen den AfD-Parteitag in Erfurt macht deutlich, dass viele Menschen bereit sind, aktiv zu werden, wenn es überzeugende politische Angebote gibt, die Widerstand und Hoffnung miteinander verbinden.

15

Wir schlagen deshalb vor, dass sich der SDS im Sinne einer Doppelstrategie gegen Rechts aktiv in den Kampf um den Osten einbringt. Diese Doppelstrategie verbindet die direkte Konfrontation mit den Faschist*innen mit dem Aufbau einer solidarischen Alternative.

20

Konkret schlagen wir vor, folgende Projekte politisch und organisatorisch zu unterstützen:

1. Erfurt Widersetzen

25

2. Die Wahlkämpfe der LINKEN in Greifswald, Halle und Magdeburg

Unser Ziel ist es, die gesellschaftliche Breite des antifaschistischen Widerstands mit dem Aufbau einer linken Hoffnungsperspektive zu verbinden und damit konkrete Leuchttürme gegen den Rechtsruck im Osten zu schaffen.

30

Politische Lage

Der Rechtsruck stellt bundesweit eine der zentralen Herausforderungen unserer Zeit dar. Besonders deutlich zeigt sich diese Entwicklung jedoch in Ostdeutschland. In mehreren ostdeutschen Bundesländern erreicht die AfD Umfragewerte von über 30 Prozent, in Sachsen-Anhalt liegt sie derzeit bei über 40 Prozent. Erstmals erscheint damit nicht nur eine Regierungsbeteiligung, sondern sogar eine absolute Mehrheit der AfD möglich.

Diese Entwicklung fällt nicht vom Himmel. Sie entsteht in einer Situation tiefgreifender gesellschaftlicher Krisenerfahrungen. Die wirtschaftliche Stagnation, steigende

Lebenshaltungskosten, Kürzungspolitik, soziale Unsicherheit und die Erfahrung politischer Ohnmacht prägen den Alltag vieler Menschen. Mit der weiteren Verschärfung sozialer Konflikte und den angekündigten Angriffen auf soziale Sicherungssysteme droht sich diese Entwicklung in den kommenden Jahren weiter zuzuspitzen.

Die Erfahrung der Agenda-Politik, die Abwicklung industrieller Kerne nach der Wiedervereinigung, anhaltende Ungleichheiten zwischen Ost und West sowie die zunehmende Erosion öffentlicher Infrastruktur bilden einen fruchtbaren Boden für rechte Mobilisierung. Die AfD gelingt es dabei, sich als Sammelbecken für Enttäuschung und Protest zu inszenieren. Gleichzeitig wird der Rechtsruck durch die Politik der etablierten Parteien weiter befördert. Die Übernahme rechter Narrative in der Migrationspolitik, die Militarisierung gesellschaftlicher Debatten und die Bereitschaft, soziale Konflikte durch Kürzungen statt durch Umverteilung zu bearbeiten, stärken letztlich die AfD statt sie zu schwächen. Merz ist mit dem Versprechen Kanzler geworden, die AfD zu halbieren. Mit seiner unsozialen und spalterischen Politik hat er sie verdoppelt.

Doch die politische Entwicklung ist nicht eindimensional. Die zehntausenden Neueintritte in DIE LINKE, die Wahlerfolge unter jungen Menschen, antifaschistische Mobilisierungen und neue Organisationsansätze zeigen, dass auch eine Gegenbewegung entsteht. Die Frage ist daher nicht nur, wie stark die Rechte wird, sondern ob es gelingt, eine gesellschaftliche Alternative aufzubauen, die Hoffnung statt Ohnmacht organisiert.

Was tun?

Die entscheidende Frage lautet: Wie stoppen wir den Aufstieg der AfD und verhindern, dass sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse weiter nach rechts verschieben?

Wir sind überzeugt, dass weder symbolischer Antifaschismus noch die Hoffnung auf soziale Korrekturen innerhalb des Bestehenden ausreichen werden. Wer den Rechtsruck zurückdrängen will,

muss seine gesellschaftlichen Ursachen bekämpfen und zugleich seinen politischen Ausdruck herausfordern. *Der Kampf gegen den Aufstieg des Faschismus erfordert den Aufbau einer Bewegung für Frieden, soziale Gleichheit und Demokratisierung auf allen gesellschaftlichen Ebenen. Unsere Alternative liegt im Kampf um die Verwirklichung und Ausweitung des Friedens- und Sozialstaatsgebot sowie dem Völker- und Menschenrecht. Dies ist nur durch eine konsequent oppositionelle Haltung und Kultur in allen Lebensbereichen möglich. Deshalb lehnen wir die Integration in den herrschenden Parteiapparat in Form von Regierungsbeteiligungen und Duldung von Minderheitsregierungen im Osten als vermeintlich antifaschistisch Parlementsstrategie, ab. Diese untergraben unsere Glaubwürdigkeit als reale Alternative zu einem konkurrenzgetriebenen und kriegstreiberischen kapitalistischen System.*

Deshalb setzen wir auf eine **Doppelstrategie gegen Rechts.**

Der erste Teil dieser Strategie ist die direkte Konfrontation mit den Faschist*innen. Die AfD ist nicht bloß ein Symptom gesellschaftlicher Krisen, sondern ein politisches Projekt, das Unsicherheit, Abstiegsängste und Enttäuschung in autoritäre, rassistische und nationalistische Bahnen lenkt. Wo sie ihren Machtanspruch inszeniert, Anhänger*innen sammelt und gesellschaftliche Hegemonie aufbauen will, dürfen wir ihr das Feld nicht überlassen. Massenproteste, Blockaden und ziviler Ungehorsam sind deshalb notwendige Mittel, um den Aufstieg der extremen Rechten praktisch zu behindern und ihre Normalisierung zu durchbrechen.

Gleichzeitig wäre es ein Fehler, den Kampf gegen Rechts auf Abwehr zu reduzieren. Die Stärke der AfD speist sich auch daraus, dass viele Menschen keine glaubwürdige politische Perspektive mehr erkennen. Jahrzehnte von Privatisierung, Sozialabbau und politischer Entfremdung haben das Vertrauen in die Fähigkeit kollektiver Veränderung untergraben. Wo Erfahrungen von Ohnmacht dominieren, gewinnen rechte Antworten an Attraktivität.

Deshalb besteht der zweite Teil unserer Strategie darin, eine linke Gegenmacht aufzubauen. Wir müssen sichtbar machen, dass die Antwort auf soziale Unsicherheit, steigende Mieten und den Verfall öffentlicher Infrastruktur nicht Ausgrenzung und Konkurrenz sind, sondern Solidarität, Umverteilung und gemeinsames Handeln. Menschen müssen die Erfahrung machen können, dass sie ihre Lebensbedingungen gemeinsam verbessern und gesellschaftliche Entwicklungen beeinflussen können.

Dabei geht es um weit mehr als Wahlen. Es geht um Organisation im Alltag: um Haustürgespräche, Mieter*innenkämpfe, Sozialberatung, gewerkschaftliche Auseinandersetzungen und den Aufbau solidarischer Strukturen vor Ort. Nur dort, wo Menschen gemeinsam handeln, entsteht die Zuversicht, dass eine andere Gesellschaft möglich ist.

5

Die beiden Seiten dieser Strategie sind aufeinander angewiesen. Wer ausschließlich blockiert, ohne gesellschaftliche Verankerung aufzubauen, wird den Nährboden des Rechtsrucks nicht beseitigen. Wer sich allein auf den Aufbau von Alternativen konzentriert, ohne den Faschist*innen entgegenzutreten, überlässt ihnen zentrale gesellschaftliche Räume.

10

Gerade im Osten Deutschlands braucht es deshalb beides: entschlossenen antifaschistischen Widerstand und sichtbare Projekte, die eine solidarische Zukunft erfahrbar machen.

Mit Erfurt Widersetzen auf der einen sowie den Wahlkämpfen in Greifswald, Halle und Magdeburg auf der anderen Seite wollen wir diese Doppelstrategie praktisch werden lassen.

15

Antifa bleibt Handarbeit

1. Direkte Aktion gegen Faschisten: Erfurt Widersetzen

20

Der AfD-Parteitag am 4. Juli 2026 in Erfurt ist ein zentraler strategischer Moment für die Partei. In der politischen Heimat Björn Höckes will die AfD Stärke demonstrieren und sich als zukünftige Regierungspartei präsentieren. Gerade deshalb kommt dem Widerstand gegen diesen Parteitag eine besondere Bedeutung zu.

25

Erfurt Widersetzen unterscheidet sich qualitativ von bisherigen Blockademobilisierungen. Durch konsequentes antifaschistisches Organizing ist es den Genoss*innen vor Ort gelungen, eine gesellschaftliche Dynamik aufzubauen, die weit über die klassische antifaschistische Szene hinausreicht. Stadtversammlungen mit hunderten Teilnehmer*innen, systematische Haustürgespräche, lokale Aktionsplena, öffentliche Aktionstrainings und die aktive Einbindung breiter Teile der Stadtgesellschaft haben dazu beigetragen, Erfurt zur antifaschistischen

30

Hauptstadt des Jahres 2026 zu machen. Besonders bemerkenswert ist dabei die gesellschaftliche Breite der Mobilisierung. Familien, Gewerkschaft*innen, Studierende, Rentner*innen und

Nachbar*innen organisieren gemeinsam den Protest. Das Ziel, an 60.000 Haustüren zu klingeln und mit der Mehrheit der Erfurter Bevölkerung über die Proteste zu sprechen, markiert einen qualitativen Sprung antifaschistischer Organisation.

- 5 Genau diese gesellschaftliche Verankerung erhöht den politischen Preis einer Räumung massiv. Sie schafft die Möglichkeit, den Parteitag nicht nur symbolisch zu kritisieren, sondern tatsächlich zu verhindern oder erheblich zu stören.

- 10 Doch gesellschaftliche Breite allein reicht für eine erfolgreiche Blockade nicht aus. Es braucht auch Entschlossenheit. Als SDS verfügen wir über Erfahrungen aus früheren Widersetzen-Mobilisierungen und über ein enormes Potential an jungen Menschen, die den Faschistinnen etwas entgegenzusetzen wollen. Der Jugendkongress mit fast 2.000 Teilnehmerinnen hat gezeigt, wie groß die Bereitschaft zur Organisation ist.

- 15 Deshalb kommt es auf uns an, die Einladung aus Erfurt anzunehmen und aus allen SDS-Städten zu den Protesten anzureisen. Wir wollen der gesellschaftlichen Breite der Erfurter*innen unsere Entschlossenheit an die Seite stellen und gemeinsam dem Machtanspruch der AfD eine empfindliche Niederlage zufügen.

20 **2. Aufbau einer solidarischen Alternative**

- Der Kampf gegen Rechts darf nicht auf Abwehrkämpfe beschränkt bleiben. Die AfD lebt davon, sich als einzige Opposition zum politischen Establishment zu inszenieren. Dieser Anspruch kann nicht allein durch Aufklärung widerlegt werden. Er muss praktisch herausgefordert werden. Deshalb müssen wir gleichzeitig einen solidarischen Gegenpol aufbauen und zeigen, dass die Alternative zur Krise nicht rechts, sondern links ist. Eine wirkliche Alternative entsteht dort, wo Menschen gemeinsam handeln, ihre Interessen organisieren und erfahren, dass gesellschaftliche Verhältnisse veränderbar sind. Sie entsteht durch Organisation, Haustürgespräche, Mieter*innenkämpfe, Sozialberatung, Solidarität und politische Hoffnung.

30

Wir schlagen deshalb vor, uns als SDS an ausgewählten Wahlkämpfen der LINKEN im Osten zu beteiligen, die das Potential haben, über sich hinaus auszustrahlen und zu Leuchttürmen einer erneuerten linken Politik zu werden.

Diese Projekte verstehen wir nicht als gewöhnliche Wahlkämpfe, sondern als Organisationsprojekte im Kampf um den Osten.

5 Die Landtagswahl in Sachsen-Anhalt wird zu einer entscheidenden Auseinandersetzung über die zukünftigen Kräfteverhältnisse in Ostdeutschland. Während die AfD nur noch einen Sitz von der Alleinregierung entfernt, womit die Zerschlagung der Zivilgesellschaft, massenhafte Abschiebungen, rechte Raumnahme und Indoktrination an Schulen und Unis drohen, entstehen in Magdeburg und Halle Gegenprojekte.

10 Mit dem Team um Mustafa und Jannik besteht die Chance, linke Direktmandate zu gewinnen und damit zu zeigen, dass die AfD auch dort geschlagen werden kann, wo sie besonders stark erscheint. Der Wahlkampf orientiert sich dabei nicht an klassischen Stellvertretermodellen, sondern an Organisation von unten: Haustürgespräche, lokale Verankerung, Beteiligung und die Verbindung von konkreten Alltagsproblemen mit einer gesellschaftlichen Perspektive. Außerdem stehen
15 die Kandidierenden für eine Erneuerung der Partei als Antiestablishment-Partei. Sie sprechen sich öffentlich für ein kollektives Mandat, gegen eine Regierungsbeteiligung und Gehaltsdeckelung der Mandate aus.

Ein Erfolg in Magdeburg und Halle hätte weit über die Wahlkreise hinaus Bedeutung. Er würde zeigen, dass die AfD nicht alternativlos ist und dass linke Politik auch unter schwierigen Bedingungen
20 Mehrheiten gewinnt. Außerdem sehen wir dieses Mandat und damit verbundene Ressourcen als überlebensnotwendig für Widerstand bei einer Machtübernahme der AfD (bspw. ICE in Deutschland). Denn Mustafa wird sein Gehalt deckeln und das Geld in den Ausbau unseres Stadtteilladens als zentralen Ort für sozialistische Nachbarschaftsarbeit stecken. Im Rahmen seines kollektiven
25 Mandats wird er seine Arbeit im Landtag mit der Basis im Stadtteil rückkoppeln. Wir wollen Politik anders machen und anstatt Ohnmacht zu verstärken, kollektive Handlungsfähigkeit verbreitern. Ähnlich ist das Wahlkampfprojekt der überregionalen Jugendkandidatin Sophie Tieding in Mecklenburg-Vorpommern angelegt. Gerade deshalb sollte der SDS die bundesweite Aktionswoche der Teams aktiv unterstützen.

30

Der Kampf um den Osten

Erfurt, Greifswald, Halle und Magdeburg stehen für unterschiedliche Ebenen derselben Auseinandersetzung. In Erfurt geht es darum, den Faschist*innen den Raum zu nehmen und ihren Machtanspruch praktisch herauszufordern. In Greifswald, Halle und Magdeburg geht es darum, gleichzeitig eine solidarische Alternative aufzubauen, die Menschen Hoffnung gibt und gesellschaftliche Mehrheiten für linke Politik zurückgewinnt. Gemeinsam können diese Orte zu Leuchttürmen einer neuen linken Offensive im Osten werden. Der Kampf um den Osten entscheidet nicht allein über Wahlergebnisse. Er entscheidet darüber, ob die kommenden Krisen von rechts beantwortet werden oder ob es gelingt, eine solidarische Perspektive aufzubauen.

10 Diesen Kampf wollen wir führen.

Nächste Schritte und Termine

Erfurt Widersetzen – Aktionswoche

15

29.06. – 03.07.2026

Der SDS mobilisiert bundesweit zur Aktionswoche nach Erfurt und unterstützt die Haustürkampagne mit dem Ziel, an 60.000 Haustüren zu klingeln und die Mehrheit der Erfurter Bevölkerung für die Proteste zu gewinnen.

20

Erfurt Widersetzen

04.07.2026

25

Wir mobilisieren aus allen SDS-Städten nach Erfurt und beteiligen uns an den Massenblockaden gegen den AfD-Parteitag.

Aktionswoche Sachsen-Anhalt

30

07. - 11.08.2026 Halle (Team Jannik)

12. - 18.08.2026 Magdeburg (Team Mustafa)

Der SDS unterstützt die bundesweite Aktionswoche von Halle und Magdeburg sowie weitere Mobilisierungs- und Organisationsmaßnahmen im Wahlkampf.

Aktionswochenenden Greifswald**10. - 13.09.2026**

- 5 Der SDS beteiligt sich an der Unterstützung des Wahlkampfes von Sophie und entwickelt gemeinsam mit den lokalen Strukturen Konzepte zur bundesweiten Solidarität und Mobilisierung.

Damit möglichst viele Genoss*innen die Möglichkeit haben, an den Aktionstagen in Greifswald, Halle und Magdeburg teilzunehmen, wird unter finanziellem Vorbehalt ein Budget für Fahrtkosten

- 10 von bis zu 500 Euro beantragt.

A3 Ohne uns gehts nicht - Antirassistische Kämpfe stärken

Damit wir den Sozialismus erkämpfen können, müssen wir die Arbeiter*innenklasse in Deutschland als Ganzes organisieren. Bedeutende Teile unserer Klasse haben einen Migrationshintergrund und/oder sind rassialisiert. Damit dies gelingen kann, gehen wir davon aus, dass es ein bewusstes Nachdenken darüber braucht, wie wir um die Herzen und Köpfe der Migrant*innen unserer Klasse kämpfen. Würden wir nur auf der Ebene des Individuums bleiben und Rassismus als subjektive Einstellungen handeln, wäre struktureller Rassismus nur die Gesamtheit der rassistischen Einstellungen der Menschen in einer Gesellschaft⁸. Es ist daher wichtig zu begreifen, dass Rassismus materielle Ursachen hat und aus dem Kapitalismus entspringt (gemeint ist hier kein gesamt-historischer Rassismusbegriff). Durch das Schaffen eines globalen Markts für Rohstoffe und Arbeitskräfte und die daraus resultierende Überausbeutung der Kolonisierten bzw. von Migrant*innen entsteht Rassismus. Wir begreifen ihn damit als ein soziales Verhältnis zwischen Menschen, die auf unterschiedliche Weise in die Produktion einbezogen und ausgebeutet werden⁹. In der BRD stehen Deutsche und Migrant*innen in einem gesellschaftlichen Verhältnis, das Konkurrenz auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, in Schulen und um gesellschaftliche Teilhabe möglich macht. Dieses Konkurrenzverhältnis bietet bürgerlicher Politik die Möglichkeit, in der Krise soziale Probleme wie Wohnungslosigkeit, Kriminalität und soziale Deklassierung rassistisch zu rationalisieren¹⁰.

“Die Arbeiterklasse wird materiell ausdifferenziert und durch die relativen Privilegien und die Unterscheidung zwischen Ausbeutung und Überausbeutung hierarchisiert.” (Sarbo, 2023)¹¹

Auch im SDS setzen sich viele Muster, die wir als Sozialist*innen auf die Gesamtgesellschaft bezogen anprangern, fort. So ist der SDS ein Verband, in dem mehrheitlich weiße Studierende organisiert sind und ihre Perspektiven einbringen. Es handelt sich um einen Umstand, der sich selbst verstärkt. Denn die Tatsache, dass der SDS ein so weißer Raum ist, bewirkt, dass sich noch weniger migrantisierte und rassialisierte Studierende im SDS organisieren und ihn als einen Verband begreifen, der auch sie anspricht.

8 Sarbo, Bafta: Diversität der Ausbeutung, Kap. Rassismus und gesellschaftliche Produktionsverhältnisse S.62

9 Ebd. S.58 ff.

10 Ebd. S.54

11 Ebd. S.59

Der aktuelle Verband wirkt abschreckend auf Menschen mit Rassismuserfahrungen und spaltet somit unsere Ansprechgruppe als Studierendenverband, der eigentlich ein Ort der Organisation für alle sein soll. Ein Umstand, den man nicht ignorieren darf, denn ein Kampf für ein gutes Leben für alle lässt sich nur ernsthaft führen, wenn möglichst viele hinter ihm stehen. Der SDS kann dieser Ort nicht sein, wenn sich jedes Semester mehrheitlich nur weiße Studierende anschließen. Die Benennung dieser Tatsache schafft nicht erst eine Spaltung der Studierendenschaft, sie ist schon gespalten und es gilt diese zu überwinden. Die Kritik muss daher nach innen gerichtet werden, die Lösung aus dem Verband heraus entstehen, weshalb wir Strategien entwickeln wollen, die den SDS zu einem Ort machen, in dem Migrant*innen gerne Politik machen und als Sozialist*innen entwickelt werden. Der SDS sollte kein Ort sein, der in seiner Formation die strukturellen Probleme der Gesellschaft widerspiegelt. Deswegen wollen wir Räume schaffen, in denen Migrant*innen jene Strategien entwickeln können. Gleichzeitig sollte dieser Kampf nicht nur von Migrant*innen geführt werden, sondern vom Gesamtverband getragen werden.

Darum fordern wir:

1. Die Unterstützung des Bundesvorstandes beim Aufbau einer Migrantischen Vernetzung im SDS.
 - 1.1 In dessen Rahmen wollen wir auch eine migrantische FLINTA* Vernetzung schaffen und Praxis und Strategien in Bezug auf Mehrfach-Marginalisierung entwickeln.
2. Die Auseinandersetzung unserer Strukturen mit Rassismus.

A9 Wissenschaft gegen Faschismus - Die Uni Kampf-bereit machen!

Wir haben in diesem Sommersemester aus dem BAK Kampf gegen Rechts die Hochschulkampagne "Wissenschaft gegen Faschismus", welche sich vor allem an Professor*innen und Dozierende richtet, gestartet. Idee war eine Verbreiterung der Diskussion um Autoritäre Wende und Faschismus in der Studierendenschaft und der Professor:innenschaft vor der Mobilisierung nach Erfurt zum Bundesparteitag der AFD. Die Idee kam auch aus der Erfahrung der letzten Jahre, wo immer wieder die vermeintliche Neutralität der Hochschulen zu Raum Absagen oder Repressionen gegen Studierende genutzt wurde.

Kern des Aufrufs war, in der ersten Juniwoche Seminare und Vorlesungen zum Thema Faschismus/Antifaschismus umzuwidmen und Diskussionsräume an den Universitäten zu schaffen. Lokal konnten auch ganze Institute entscheiden, sich hinter den Aufruf zu stellen. Der Aufruf war explizit formal und inhaltlich offen gestaltet, sodass er dezentral entsprechend den lokalen Möglichkeiten umgesetzt werden konnte und sowohl für Städte mit 1-2 aktiven Professor*innen, als auch Städten mit einem hohen Aktivitätsgrad Anschlusspunkte bot.

Mit unseren verbündeten Professor:innen, Initiativen und Studis gegen Rechts verteilten wir den Aufruf an den Hochschule, der auf hohe Resonanz stieß. Dort erwies sich die Kooperation mit etablierten Akteuren wie z.B. Krisol, als Multiplikator der Kampagne. Die Kooperation vergrößerte das politische Umfeld des SDS zu einer bisher ungeahnten Größe, die am Ende den JuKo vor dem Verbot rettete. So beteiligten sich über 160 Dozierenden an den beiden Auftaktzooms Anfang des Semesters. Ganze Lehrkörper wie die FU Berlin und die Kunsthochschule Weißensee sowie einzelne Institute der Soziologie in Frankfurt, Jena und Göttingen stellten sich geschlossen hinter den aufruf und ermutigen ihre dozierenden sich in ihren seminaren dem Thema zu widmen. In der Aktionswoche, dem Höhepunkt dieser Kampagne, fanden bundesweit 600 Veranstaltungen von Dozierenden in den regulären Seminaren statt. Am Podium in der Mitte der Woche waren 200 Menschen in Berlin und 1000 Bundesweit dabei. So stark hat der SDS selten in den Unialltag eingegriffen. Das Medienecho war bis in die Bürgerliche Presse durchweg positiv und hat zu einer Verbreiterung des Protests gegen die AFD schon jetzt beigetragen. Auch haben wir die Uni Resilienter gemacht gegen Angriffe der AFD. Der Take Back the Future Kongress hätte wahrscheinlich nicht so stattfinden

können, wenn wir nicht eine öffentliche Druckkampagne, Mithilfe der Dozierenden, gegen das Absagen von Räumen aufgrund der Klage drohung der AFD gefahren wären.

5 Diese Mobilisierung war kein spontanes Ereignis, sondern Ausdruck einer neu belebten demokratischen und antifaschistischen Kultur an den Hochschulen. Wir sind Teil einer langen Geschichte von Kämpfen an unseren Hochschulen und führen diese fort. Diese Kämpfe um die soziale Öffnung der Hochschulen und Demokratisierung der 68er, für Zivilklauseln, gegen Studiengebühren und gegen die neoliberale Umgestaltung der Hochschulen bilden die Grundlage für unsere antifaschistischen Praxis. Unser Eingreifen für ein Ende des Genozids in Palästina, für Zivilklauseln, BAföG für 10 Alle und die Ausfinanzierung der Hochschulen hat maßgeblich dazu beigetragen, dass sich diese Kämpfe ausgeweitet, verbunden und zugespitzt haben. Dadurch sind auch andere Statusgruppen in die Offensive gekommen und greifen verstärkt anticoloniale, antifaschistische und internationalistische Inhalte für ihre Forschung und Lehre auf. Wissenschaft gegen Faschismus hat diese Aktivitäten zunächst sichtbar gemacht und lokale und bundesweite Vernetzung zwischen Professor*innen aber auch Studierenden und WiMis ermöglicht. 15

Warum Wissenschaft gegen Faschismus?

Langfristig sehen wir bei Professor*innen und Dozierenden kein eigenständiges Organisationspotenzial abseits von bundesweit bereits bestehenden Vereinen wie z.B. Krisol oder WissDem. Die 20 Vernetzung zwischen Professor*innen und Studierenden wird in den nächsten Jahren an Relevanz jedoch zunehmen, wenn wir uns der autoritären Wende und den Kürzungen an den Unis entgegenstellen wollen. Als kontinuierliche Folge der feudalen Charakteristiken des Universitätssystems, besitzen Professor*innen bis heute die formale Mehrheit in den Hochschulgremien. Statt Machthörigkeit, setzen wir die Erkenntnisse der historischen Studierendenbewegung weiter fort und fordern die Auseinandersetzung und Durchsetzung der Viertelparität, wie sie unter anderem im Hochschulgesetz in Thüringen bereits eingeführt worden ist. Wir kämpfen um eine Demokratisierung der 25 Hochschulen, welche Bildung als emanzipatorische Kraft realisiert! Das kann nur durch eine lebendige und selbstbewusste Studierendenbewegung hervorgebracht werden. Nur durch uns als treibende Kraft überzeugen wir auch Bündnispartner*innen aus anderen Statusgruppen mit uns für eine andere Hochschule und Wissenschaft im Dienste der Allgemeinheit zu streiten. Wissenschaft 30 gegen Faschismus hat in einem ersten Schritt uns auf bereits Verbündete, mit denen wir jedoch nicht in Kontakt standen, aufmerksam gemacht. Im Sinne einer begleitenden Unterstützung professoraler Netzwerke zu Studibewegungen von unten, ist dieses Netzwerk also sinnvoll in den kommenden Jahren. Eine besondere Herausforderung dabei muss sein, dass wir nicht auf der

Ebene des Kampfes um die Wissenschaftsfreiheit im bürgerlichen Staat stehen bleiben, sondern dass wir dieses Netzwerk als Möglichkeit verstehen, revolutionäre Positionen für eine breitere Masse von Menschen zu setzen.

- 5 Das Potenzial ist aber noch längst nicht ausgeschöpft. Die Dozierenden hatten, als der Aufruf kam, schon oft ihre Seminare geplant. Die Mobilisierung war aufgrund der Kürze der Zeit auf einzelne wichtige und erfolgversprechende Institute fokussiert und insbesondere in den Naturwissenschaften, die einen straffen Lehrplan haben, ist die Initiative noch nicht angekommen. Auch herrscht beim Thema Palästina noch Zurückhaltung der Dozierenden, sich in der Aktionswoche damit zu
- 10 beschäftigen, wegen Angst vor Konsequenzen für ihre akademische Laufbahn.

Wir schlagen also vor:

1. Als Folgeprojekt die Wissenschaftskonferenz am 3. Juli in Erfurt bekannt zu machen und gemeinsam mit den lokal entstandenen Vernetzungen zur Aktion von Widersetzen beim Bundesparteitag zu fahren.
- 15

2. Andere Formate wie Ringvorlesungen oder Aktionstage mit den Dozierenden vor Ort zu diskutieren und umzusetzen.
- 20

3. Das entstandene Netzwerk zu nutzen um sich gegen Angriffe der AFD, der Presse, oder der Reaktionen Präsidien zu wehren.

4. Eine bundesweite Vernetzung aufzubauen, die die Ressourcen hat, Dozierende zu verteidigen, wenn sie sich zu, in den Medien als umstrittenen, gelabelten Themen äußern.
- 25

5. Kontinuierliche Arbeit in der akademischen Selbstverwaltung. Auch wenn deren Gremien neofeudal gestaltet sind, sind sie ein zentraler Austragungsort von Kämpfen um die gesellschaftliche Bedeutung der Wissenschaft. Neben gängigen Gremien sollten wir besonders bei der Benennung von Professuren und der Erteilung von Lehraufträgen Einfluss nehmen, um so für politischere Wissenschaft an unseren Hochschulen zu sorgen
- 30

6. Eine zweite Aktionswoche im Wintersemester in Angriff zu nehmen.

Dringlichkeitsanträge

D1 Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker

Der SDS beschließt und wird Erstunterzeichner unter der Gemeinsamen Erklärung von deutschen
5 Studierendenschaften und der OCLAE (Organización Continental Latinoamericana y Caribeña de
Estudiantes).

Zudem sind alle SDS Ortsgruppen aufgerufen, die Erklärung in ihren Studierendenparlamenten ein-
zubringen, darauf hinzuwirken, dass ihre lokalen ASten die Erklärung unterstützen und mit Kund-
10 gebungen und Aktionen vor Ort die Kuba Solidarität zu entfalten.

Die Erklärung:

Solidarität ist die Zärtlichkeit der Völker
15

Erklärung der Internationalen Solidarität von Studierendenvertreter:innen Weltweit mit Kuba.
Kuba ist die Avantgarde einer neuen menschlichen Welt. Im Prozess des gesellschaftlichen Über-
gangs des Menschen als Ware zum Menschen als Mensch spielt die kubanische Aufmerksamkeit
für jeden Einzelnen im Sinne des Ganzen (z. B. das kubanische Gesundheitssystem) und die Gestal-
20 tung des Ganzen im Sinne jedes Einzelnen (z. B. kubanische diplomatische Bemühungen für Frie-
den) eine zentrale Rolle. Daher sind die kleine Insel und ihre Revolution ein Antidot gegen imperia-
listischen Egoismus – auf jeder Ebene.

Der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Menschenrechte, Volker Türk, warnte am 8. Juni
25 2026: „Die seit Beginn des Jahres 2026 verhängten Treibstoffbeschränkungen und die jüngste
Verschärfung der extraterritorialen Sanktionen schaden in ihrer Gesamtheit den Kubanern direkt,
insbesondere den am stärksten gefährdeten Bevölkerungsgruppen. Kinder sterben, weil Ärzte kei-
nen Zugang zu lebenswichtigen medizinischen Gütern und Medikamenten haben. Das ist inakzep-
tabel.“ Diese Reaktion des Imperiums spricht mehr über seine hemmungslose Zerstörungsabsicht
30 als über Kuba. Weltweite Aufrüstung, einseitige Zwangsmaßnahmen gegen souveräne Staaten
und Skandale wie die Epstein-Files zeigen, dass diese destruktive Qualität kein Zufall ist, sondern

Ausdruck eines Systems, das auf Ausbeutung beruht und daher an seine Grenzen stößt und droht, die Fortentwicklung der Menschheit zu beenden.

Wir – Studierende aus aller Welt – erklären: Wir wollen leben. Und zwar gut leben. Die Beendigung der Blockade gegen Kuba und die damit einhergehende Verwirklichung des Völkerrechts stellen unsere oberste Priorität dar. Als internationale Intellektuelle betrachten wir den „kubanischen Weg“ als eine notwendige, hoffnungsvolle Alternative zu Krieg und Elend. Ein Weg, der unsere ganze Kraft, all unser Wissen und unser Herz benötigt und verdient, um fortgeführt und ausgebaut zu werden. Ein Weg, der in unseren Schulen und Universitäten, in Forschungszentren und in Hörsälen, auf dem Campus und in den Wohnheimen und einfach überall, wo Studierende für ihr Recht auf Brot und Würde kämpfen, gewürdigt und verwirklicht werden kann und wird.

Daher versichern wir unseren kubanischen Kommilitoninnen und Kommilitonen sowie dem ganzen kubanischen Volk und seiner Regierung unsere unbedingte Solidarität und drücken unsere tiefe Verachtung und Ablehnung gegenüber dem wirtschaftlichen Krieg der US-Regierung gegen Kuba aus. Wir fordern die sofortige Aufhebung aller Sanktionen gegen Kuba und weltweit und dass in unserem Land wissenschaftliche Kooperationen mit kubanischen Universitäten initiiert und ausgebaut werden, dass zivile Forschung und Lehre das Militärische ersetzen und ausgebaut werden, dass die Grundlage für ein Leben in Würde für alle Menschen weltweit verwirklicht wird und dass für alle der Zugang zu lebenslanger Bildung ermöglicht wird – das lehrt das kubanische Beispiel für die Entwicklung der weltweiten Zivilisation.

¡Viva la solidaridad internacional!

¡Viva la paz!

¡Viva Cuba!

Satzungsänderungsanträge

S1

ersetze § 5 Gleichstellung

durch:

5

§ 5 Gleichstellung

(1) Die Forderung der Gleichstellung der Mitglieder ist ein Grundprinzip des Studierendenverbandes.

(2) ¹Bei Wahlen innerhalb des Studierendenverbandes zu Gremien und Organen ist ein mindestens fünfzigprozentiger FLINTA*-Personenanteil zu gewährleisten. ²Abweichungen von diesem Grund-

10

satz bedürfen eines Beschlusses mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmberechtigten der entsprechenden Wahlversammlung.

(3) Frauen/Lesben/Inter/Non-Binäre/Trans/Agender (FLINTA*) haben das Recht, innerhalb des Verbandes eigene Strukturen aufzubauen und FLINTA*-Plena durchzuführen.

15

S2

ersetze in der gesamten Satzung “FTI*” durch “FLINTA*”.